2/3
3 W 2503 D
FEBRUAR 1960
NUR FÜR BETRIEBSANGEHÖRIGE



echo der arbeit

thyssenkrupp Corporate Archives

2/3 echo der arbeit
29. FEBRUAR 1960

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen AG
Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger
Redaktion: Karl-Heinz Sauerland
Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66
Telefon: 24691 — Nebenstellen 2347 und 4267

ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Die Zustellung erfolgt kostenlos.

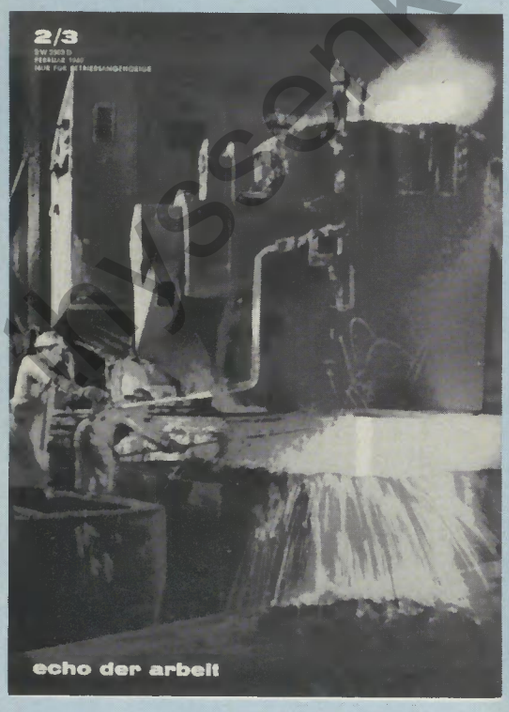
Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf
Klischees: Vignold, Essen

Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.

AUS DEM INHALT:

Unser Jahresergebnis 1958/59 und wie es dazu kam
Die Hauptversammlung von unserer Kamera für die Belegschaft gesehen
Kapital — was ist das überhaupt?
Erzeugung von Roheisen, Rohstahl und Walzstahl
Was heißt eigentlich Investieren?
Unsere Bilanz
Warum Bilanzprüfung?
Ein sehr ernster Tatbestand für die Zukunft der westlichen Welt
A und O der Unfallverhütung ist der tägliche unermüdliche Kampf aller um die Sicherheit
Was tut man in Deutschland?
Eine Analyse in nur 60 Sekunden
Schnappschüsse
Schiffsirenen auf dem Rhein begrüßen die neue „Barbara"
HOAG-Chronik

ZU UNSEREM TITELBILD: Mit der vorliegenden Ausgabe setzen wir unsere Bemühungen fort, Geschäftsbericht und Jahresabschluß für die Belegschaft zu erläutern. Ein motivlich hierauf abgestimmtes Titel- und Rückseitenfoto ergibt sich nicht so ohne weiteres. Wir hoffen jedoch, durch die grafischen Fotokompositionen aus der Gießhalle des Thomas-Stahlwerkes sowie von der Blockstraße diesmal auch die Freunde der modernen Fotografie zufriedengestellt zu haben.



Böhmische Dörfer?

Was verstehen wir eigentlich unter „Bildung"? Gewiß wird jemand, der die Anfangsverse von Homers „Ilias" auf Griechisch zu rezitieren oder einige Sentenzen aus Goethes „Faust" herzusagen vermag, schlechthin als gebildeter Mensch angesehen. Auch wer über geschichtliche Kenntnisse verfügt, beispielsweise das Datum der Schlacht bei Cannä oder die Regierungszeiten der Karolinger weiß, gilt vielfach als gebildet. Fraglicher schon ist, ob man mit der Fähigkeit, komplizierte Differentialrechnungen lösen zu können oder in der Physik Bescheid zu wissen, als gebildet angesehen wird. Ganz sicher aber ist, daß man sehr wohl für einen höchst gebildeten Menschen gehalten werden kann, ohne auch nur den leisesten Schimmer von der Wirtschaft und ihren Wirkungsgesetzen zu haben. Es gehört nicht zur Bildung, zu wissen, was ein Markt ist, wie sich Kaufkraft bildet, was es mit dem Geld auf sich hat. Die Wirtschaft — obwohl scheinbar so allbeherrschend — ist in Wahrheit ein Stiefkind des Denkens. Der Unverstand, mit dem selbst überdurchschnittlich gebildete Menschen den Zusammenhängen der Wirtschaft gegenüberstehen, ist geradezu erschreckend. Deshalb ist die Frage der wirtschaftlichen Aufklärung ein Bildungsproblem allerersten Ranges. Wie sagt Dr. Hans-Helmut Kühnke, einer jener führenden Männer der Wirtschaft, der Wesentliches zum Problem Wirtschaft und Bildung beigetragen hat: „Gebildet ist, wer mit sich und seiner Umwelt in ihren jeweiligen Erscheinungsformen im klaren ist, wer also nachdenkend Verständnis gewonnen hat auch hinsichtlich der volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zusammenhänge."

Als Benedikt XIII., vor mehr als zwei Jahrhunderten zum Papst gewählt, auf den Balkon der Peterskirche trat, um urbi et orbi den Segen zu erteilen, sah er mit Erstaunen die riesige Volksmenge, die den Petersplatz füllte. Er wandte sich an einen der neben ihm stehenden Kardinäle und fragte: „Wovon leben all diese Menschen?" — — Wovon die Menschen leben, das ist die Grundfrage der Volkswirtschaftslehre. Die Frage wird tausendmal, wird jeden Tag gestellt. Aber bis heute wird der großen Masse der Bevölkerung diese Frage kaum verständlich erläutert. Das fängt bereits in der Schule an. Dabei würde es schon der Volksschule ganz gut zu Gesicht stehen, wenn sie die Kinder einigermaßen darüber unterrichtete, was alles nötig ist, damit ihre Eltern Geld verdienen können und sie, die Schüler selbst, nach Abschluß ihrer Schulzeit Berufsausbildung, Beschäftigung, Aufstiegsmöglichkeiten und Sicherheiten finden.

Schließlich sind wir alle, ob wir uns nun darüber Gedanken machen oder nicht, in unserer gesamten Existenz von wirtschaftlichen Bedingungen in stärkstem Maße abhängig. Der wirtschaftliche Rahmen, in den wir mit unserem persönlichen Schicksal auf Gedeih und Verderben eingebaut sind, ist für den völlig Unbewanderten ein auf den ersten Blick gewiß schwer überschaubares Gebilde. Aber ist es Schuld der einzelnen Arbeiter oder auch Angestellten, wenn ihnen Begriffe wie Löhne und Preise, Investitionen, Rationalisierung und Rentabilität, Spielregeln des Wettbewerbs oder Grundkenntnisse des Kapitalmarktes böhmische Dörfer sind? Wohl kaum. Der Durchschnittsbürger hat, wenn nicht gerade eine kaufmännische Lehre bestimmte wirtschaftliche Grundkenntnisse schuf, von diesen Dingen kaum etwas gehört. Und dabei wird immer wieder behauptet: Die Wirtschaft geht jeden an! — Die Wirtschaft ist unser Schicksal!

Gewiß gibt es kein Patentrezept dafür, wie nun wirtschaftliche Zusammenhänge breiten Kreisen deutlich gemacht werden können. Indem wir den Geschäftsbericht, der ja in erster Linie für die Aktionäre bestimmt ist, auch der Belegschaft zugänglich machen, glauben wir jedoch, unsere Mitarbeiter offen und gründlich über die Lage des Werkes zu unterrichten. Vor einer Reihe von Jahren sind wir als eine der ersten Werkzeitschriften dazu übergegangen, den Geschäftsbericht und die Bilanz für die Belegschaft allgemeinverständlich zu erläutern sowie ausführlich über den Ablauf der Hauptversammlung zu berichten. Dieser Entschluß entspringt der Überzeugung, daß jeder Mitarbeiter, der sein persönliches Geschick mit dem des Werkes verbunden hat, nicht weniger als der Aktionär unterrichtet sein sollte über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

Professor Dr. Guido Fischer, Sozialwissenschaftler an der Universität München, schrieb dazu in der Zeitschrift „Mensch und Arbeit": „Es ist sehr erfreulich, daß die Hüttenwerk Oberhausen AG damit ein Beispiel gibt für die deutsche Wirtschaft, wie ein Geschäftsbericht über die Wirtschaftsverhältnisse des Betriebes für die Mitarbeiter gestaltet werden kann, so daß diese tatsächlich über die Verhältnisse ‚ihres Betriebes' und die Durchführung der Hauptversammlung unterrichtet werden. Auch dies trägt zur gegenseitigen Verständigung von Arbeit und Kapital bei." Gleichermaßen zum Nutzen für die Belegschaft sowie für das Unternehmen wird durch eine solche Information also versucht, das Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Entwicklung des Werkes zu vertiefen. Gute Zusammenarbeit im Betrieb setzt viel gegenseitiges Verständnis voraus. Ein solches Verständnis bedingt aber eine gewisse Kenntnis von den Lebensgrundlagen eines wirtschaftlichen Unternehmens.

Und damit ist der neuralgische Punkt der Betrachtung erreicht. Jeder, der sich um die Gestaltung einer solchen Ausgabe bemüht, stößt sofort auf das Problem „Was darf vorausgesetzt werden?" Graphiken und Schaubilder können sicherlich über viele Schwierigkeiten hinweghelfen. Dennoch bleibt das Problem bestehen, daß ohne eine gewisse Kenntnis betriebs- und volkswirtschaftlicher Vorgänge ein volles Verständnis für das wirtschaftliche Geschehen im Betrieb nicht erreicht werden kann. Das setzt voraus, daß ein jeder von uns den Willen haben muß, sich einige notwendige Grundkenntnisse zum Überblick über das Wirtschaftsleben anzueignen. Durch die Erläuterung des Geschäftsberichtes soll eine Voraussetzung hinzu geschaffen werden. Zwar haben wir uns bemüht, die Dinge so anschaulich und übersichtlich darzustellen wie nur irgend möglich. Eine solche allgemeinverständliche Unterrichtung aber ist keine leichte Aufgabe, da es sich hierbei doch zum Teil um schwierige wirtschaftliche, betriebliche oder technische Fragen handelt. Wir konnten daher auch nie ganz sicher sein, ob unseren früheren Bemühungen Erfolg beschieden war. Dennoch aber empfinden wir die Verpflichtung, diese Bemühungen fortzusetzen, um unseren Mitarbeitern einen wirklich klaren Überblick zu verschaffen und zu eigener Urteilsfähigkeit zu verhelfen.

Unser Werk ist ein lebendiges Stück Wirtschaft. An einem solchen Beispiel läßt sich erklären, demonstrieren und immer wieder auf die allgemeinen Zusammenhänge hinweisen. Es steht fest, daß das Bedürfnis nach solcher Information außerordentlich groß ist. Letztlich hängt das Geschick eines jeden einzelnen von uns in hohem Maße ab von der Wirtschaftlichkeit des Betriebes. Deshalb soll jeder Mitarbeiter sich ein Bild machen können von der Lage unseres Unternehmens und darüber hinaus von den gesamtwirtschaftlichen Faktoren, die auf das Werk zurückwirken.

„Die Wirtschaft ist unser Schicksal!" — Dieses Wort Walter Rathenaus ist Ursache genug, um unser wirtschaftliches und sozialpolitisches Wissen zu vertiefen. Wirtschaft ist heute nicht mehr Sache einzelner; sie geht jeden an, der als Arbeiter, Angestellter oder Unternehmer im Wirtschaftsleben unseres Volkes steht. Lernen wir ihre Gesetze kennen, ihre Zusammenhänge begreifen — wir werden mehr wissen und zu vertiefter eigener Urteilsbildung fähig sein. Wer heutzutage ein gewisses Maß an Bildung für sich in Anspruch nehmen will, der wird wohl oder übel sich auch mit der Frage befassen müssen, wie die Wirtschaft funktioniert. Die Wirtschaft ist unser Schicksal! — Dies bedeutet, daß das Wirtschaftsleben an uns alle als eine Aufgabe des Schicksals herantritt, die uns aufgegeben ist und die wir zu lösen haben.

S.

thyssenkrupp Corporate Archives



thyssenkrupp Corporate Archives

Unser Jahresergebnis 1958/59 und wie es dazu kam

Als Termin zur Durchführung der Hauptversammlung der Hüttenwerk Oberhausen AG ist der 28. Januar mittlerweile zur Tradition geworden. So fand an diesem Tag auch die diesjährige ordentliche Hauptversammlung statt, auf der Rechenschaft gegeben wurde über das Geschäftsjahr 1958/59, das dreizehnte Geschäftsjahr seit Bestehen der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Im Mittelpunkt stand eine Rede unseres Aufsichtsratsvorsitzenden Fritz Butschkau. Wir haben seinen Ausführungen auf den folgenden Seiten viel Raum gewidmet, da wir der Ansicht sind, daß sie ein umfassendes und klares Bild geben von der Lage des Werkes. Jedem, der sich informieren will über die Situation unseres Unternehmens, kann man nur empfehlen, die Worte Direktor Butschkaus nachzulesen. Dabei wird es vielen wahrscheinlich nicht leichtfallen, sich mit der auf den ersten Blick etwas schwierigen Materie der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zurechtzufinden. Aber dadurch sollte man sich nicht entmutigen lassen: Hinter jeder Zahl steht ein lebendiges Stück Werksgeschehen. Wenn wir versuchen, hinter die Dinge zu kommen, wird sich uns bei näherem Hinsehen manches enthüllen. Schließlich ist der Bilanz und der G- und V-Rechnung in den Ausführungen Butschkaus nur ein kurzer Überblick gewidmet, insgesamt sind die Darlegungen des Aufsichtsratsvorsitzenden eine Zusammenfassung der technischen, kaufmännischen, finanzwirtschaftlichen und sozialpolitischen Entwicklung unserer Hütte. Es lohnt, sich in die Dinge zu vertiefen, um klarer zu sehen und die Zusammenhänge zu begreifen.

Zu Beginn der Hauptversammlung gedachte der Aufsichtsratsvorsitzende der 53 Mitarbeiter, die während des Geschäftsjahres 1958/59 verstorben sind. Ihre Namen wurden im Geschäftsbericht genannt. — — Ein besonderes Wort des Willkommens richtete er an den 74jährigen Dr.-Ing. E. h. Hermann Kellermann, den er den guten Mentor unseres Werkes nannte.

Was die Abwicklung der Hauptversammlung betraf, so schlug Direktor Butschkau vor, dies in der gleichen unkomplizierten und von gegenseitigem Vertrauen getragenen Atmosphäre vorzunehmen wie in den Vorjahren. Darauf anspielend, daß die HOAG in diesem Jahr nicht als erste der zum 30. September bilanzierenden Stahlgesellschaften den Jahresabschluß vorlegte, sondern um einen Tag von der Phoenix-Rheinrohr AG überflügelt wurde, sagte der Aufsichtsratsvorsitzende: „Wir sind glücklich darüber, da wir dabei gewissermaßen unsere eigene Tradition zum Ausdruck kommen sehen, denn das dort das Finanz- und Rechnungswesen leitende Vorstandsmitglied (Anm. d. Red.: Dr. Vellguth) entstammt unserem Hause."

Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Vorlage des Jahresabschlusses für das Geschäfts-

jahr 1958/59 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates" stellte Direktor Butschkau die volle Wiedervereinigung mit der Kohle als das wichtigste Ereignis der letzten Zeit heraus. Der nunmehr letzte Schritt zur Verschmelzung von Kohle und Stahl sei getan worden, weil durch den Fristablauf des Umwandlungssteuer-Gesetzes diese Maßnahme vor dem Ultimo des Jahres 1959 beschlossen werden mußte. Die Umwandlung habe den fusionierenden Gesellschaften finanzielle Vorteile geboten, die in der augenblicklichen Wettbewerbssituation nicht ungenutzt hätten bleiben können.

Keine Machtkonzentration

Es sei viel darüber gesprochen und geschrieben worden, daß sich unter der Geltung des Umwandlungsgesetzes eine „Zusammenballung neuer Macht in der Wirtschaft" vollzogen habe. Auch die Bundesregierung sei durch den Bundestag aufgefordert worden, eine Enquete über Machtkonzentration in der Wirtschaft anzufertigen, und zwar unabhängig davon, wer letzten Endes für die Zusammenschlüsse zuständig sei, seien es nun innerdeutsche Stellen oder die Montanunion. Er wolle nicht, so sagte Direktor Butschkau, auf Einzelheiten dieser Diskussion eingehen, vor allem nicht auf die unerfreulichen Begleiterscheinungen, die sich bei einigen Fusionsfällen gezeigt hätten. Bei der HOAG sei man von vornherein bestrebt gewesen, alle Beanstandungen zu vermeiden. Entscheidend wäre gewesen, daß von Anfang an ein freiwilliges Zusammengehen empfohlen worden sei und daß 99,5 Prozent der Aktionäre dieser Empfehlung völlig freiwillig gefolgt seien.

Anwesend: 86,6 Prozent

Wie Aufsichtsratsvorsitzender Fritz Butschkau bekanntgab, waren von dem Grundkapital von 208 Mill. DM in der Hauptversammlung vertreten 180 110 000,— DM. Das bedeutete 1 801 000 Stimmen, da bekanntlich auf jede 100-DM-Aktie je eine Stimme entfällt. Das waren 86,6 Prozent des Kapitals und der Stimmen.

Insgesamt waren anwesend 548 Aktionäre oder Aktionärsvertreter.

Kritik fehl am Platze

Auch ließe sich der Oberhausener Zusammenschluß mit kritisierten Fusionen der letzten Zeit deshalb nicht vergleichen, da bei uns nichts grundsätzlich Neues — auch keine neue Konzentration — geschaffen worden sei. Lediglich der alte Zustand, wie er vor der Entflechtung bestanden habe, sei für den Bereich der Grundstoffindustrie der alten GHH wieder hergestellt worden. Der Aufsichtsratsvorsitzende erinnerte daran, daß auch die Maßnahmen der Alliierten in Oberhausen ohnehin nicht zu einer völligen Trennung von Kohle und Stahl geführt hätten. Beide Unternehmenssparten seien immer noch so eng verflochten gewesen, daß die gewachsene organische Einheit nicht vollständig hätte getrennt werden können. Vor allem der Energieverbund und der Verkehrssektor wären mit Recht immer wieder als klassisches Beispiel einer sinnvollen Verbundwirtschaft bezeichnet worden. Eine Kritik an der Anwendung des Umwandlungsgesetzes, so sagte Fritz Butschkau, wäre also zumindest für unsere Fusion in Oberhausen fehl am Platze.

21köpfiger Aufsichtsrat

Hinsichtlich der durch die Fusion sich ergebenden Erweiterung des Vorstandes durch die bisherigen Vorstandsmitglieder der Neuen Hoffnung, Klaus Haniel, Herbert Heinz und Walter Wille, wünschte Butschkau diesen Herren alles Gute für eine erfolgreiche Arbeit im Rahmen des nunmehr vereinten Unternehmens. In diesem Zusammenhang kam er ebenfalls zu sprechen auf die Veränderungen im Aufsichtsrat. Dieser Punkt sei Gegenstand sehr eingehender, offen und loyal geführter Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Anteilseignerseite gewesen. Die Gespräche wären notwendig geworden, weil der bis dahin amtierende elfköpfige Aufsichtsrat der HOAG nur aus Arbeitern und Angestellten der Stahlseite bestanden habe. Somit hätte der Bergbau mit seinen 15000 Belegschaftsmitgliedern, wenn nichts geändert werde, infolge Wegfalls seines eigenen Aufsichtsrats keinen Vertreter in dem für das gesamte Unternehmen verantwortlichen Aufsichtsrat. Um dieser großen Gruppe die zu Recht gewünschte Vertretung im Aufsichtsrat zu gewährleisten, sei in den Vorbesprechungen eine Regelung vorbereitet worden, die für die Amtsdauer des jetzt amtierenden Aufsichtsrates eine Erweiterung auf 21 Mitglieder und danach auf 15 Mitglieder vorsehe. Dadurch werde eine paritätische Vertretung der Bergleute im Aufsichtsrat erreicht. Butschkau bat die Aktionäre, dieser Regelung, über die unter Punkt 6 der Tagesordnung später abzustimmen war, ihre Zustimmung zu geben.

Ein Blick auf die Bilanz

Anschließend gab der Aufsichtsratsvorsitzende einige Erläuterungen zur Bilanz (Anm. d. Red.: vgl. Mittelseiten dieser Ausgabe). Die eigenen Mittel setzten sich am 30. 9. 1959 demnach zusammen aus dem Grundkapital von 208 Mill. DM, der gesetzlichen und der anderen Rücklage mit zusammen 93 Mill. DM sowie aus einem als Eigenmittel zu betrachtenden Anteil von rund 40 Prozent der Sonderabschreibungen mit netto 52 Mill. DM, insgesamt also rund 352 Mill. DM. Die Rückstellungen von 111 Mill. DM haben sich um 8 Mill. DM erhöht. Davon entfallen etwa 3 Mill. DM auf Rückstellungen für Pensionen, die nunmehr rund 88 Mill. DM betragen. Hierzu teilte der Aufsichtsratsvorsitzende mit, daß die Pensionsrückstellungen auch in den nächsten Jahren voraussichtlich noch zunehmen werden.

Die fremden Mittel — d. h. unsere Verbindlichkeiten — haben durch planmäßige Tilgung, Verringerung von Anzahlungsverpflichtungen und bezahlte Ertragssteuern für Vorjahre um rund 43 Mill. DM abgenommen. Dadurch, so kommentierte Direktor Butschkau, habe sich der Kapitalaufbau des Werkes, insbesondere die Relation zwischen Eigen- und Fremdkapital, etwas verbessert.

Zur Investitionspolitik

Zu den Investitionen, so gab der Vortragende zu verstehen, sei in diesem Jahr weniger zu berichten. Einem Bilanzvergleich ist zu entnehmen, daß das Anlagevermögen buchmäßig sogar um 14 Mill. DM rückläufig war. Dies sei darauf zurückzuführen, daß Abschreibungen und Abgänge die Zugänge überschritten hätten, so daß der Mehrbetrag der Abgänge zur planmäßigen Tilgung mittel- und langfristiger Schulden verwendet werden konnte.

Was die einzelnen Investitionen betrifft, so bezeichnete er den Bau des Hochofens A als das größte Projekt des Berichtsjahres. Beim Bau der Sinteranlage in Walsum hätten sich auf Grund der Verhandlungen über die Reinhaltung der Luft Verzögerungen ergeben. Mit der Inbetriebnahme dieser Anlage sei im Herbst 1960 zu rechnen. Die übrigen Investitionen seien planmäßig durchgeführt worden.

Im Anschluß machte Direktor Butschkau einige recht interessante Ausführungen zur Investitionspolitik des Werkes im allgemeinen. Danach hat unser Werk im Zeitraum von 1948 bis 1959 bei rund 15 Mill. t Rohstahlerzeugung etwa 38,— DM je produzierter Tonne für Investitionskosten aufgewandt. Mit diesem Satz, so teilte Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau der Hauptversammlung mit, liegt unser Werk etwa in der Mitte der übrigen deutschen Hüttenwerke. Demgegenüber zeige ein Vergleich im Bereich der Montanunion, daß die französischen, niederländischen und italienischen Werke noch erheblich darüber lägen, also noch mehr investierten, lediglich die belgischen und luxemburgischen Werke blieben unter den deutschen Zahlen. Allerdings müsse man berücksichtigen, daß die Ausgangssituation der deutschen Werke infolge der ungeheuren Zerstörungen durch den Krieg eine ganz andere war.

Wie alle großen Werke habe auch die Hüttenwerk Oberhausen AG eine relativ genaue längerfristige Finanzplanung, die zwischen Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig abgestimmt werde. Hierbei habe sich aus dem Zuge der Investitionen die Notwendigkeit ergeben, eine gewisse Lücke im langfristigen Investitionsbedarf zu schließen, wofür sowohl eine Anleiheaufnahme als auch eine Kapitalerhöhung in Frage gekommen seien. Man sei beide Wege gegangen. Schließlich halte man es bei der gegenwärtigen Lage am Kapitalmarkt für richtig, eine Erhöhung des Grundkapitals vorzunehmen, und zwar eine Erhöhung um 52 Mill. DM auf 260 Mill. DM, so daß auf vier alte Aktien eine neue bezogen werden könne. Bezugskurs: 160 Prozent.

Zu den übrigen Bilanzposten konnte Direktor Butschkau nähere Einzelheiten ersparen. Lediglich zur Position „Beteiligungen" sagte er, daß in der Bilanz letztmalig der große Posten von 104 Mill. DM Aktien der Bergbau AG Neue Hoffnung erscheine, während ab 1959/60 die Bilanz des Bergbaus — „brutto" — mit der HOAG-Bilanz vereinigt werde. Von den übrigen Beteiligungen habe sich erwartungsgemäß die NV Ertslijn sowie auch die NV Stuwadoors Kruwal, Rotterdam, zufriedenstellend entwickelt.

...und G- u. V-Rechnung

Zur Gewinn- und Verlustrechnung sowie zu der auf 10 Prozent erhöhten Dividende meinte Direktor Butschkau, daß hierüber in der Presse zum Teil recht farbige Kommentierungen erschienen seien. Wenn es nach manchen Berichten jedoch so scheine, als ob die höhere Dividende aus vermindertem Ertrag — eines der angesehensten Blätter hatte in der Schlagzeile geschrieben „HOAG zahlt Dividende aus Verlusten" —, so liege die Erklärung für dieses Mißverständnis darin, daß man den Gang von der Brutto- zur Netto-Gewinnrechnung nicht in allen Kurven verfolgt habe. Schließlich habe man der HOAG in früheren Jahren meist immer eine zu große Zurückhaltung in der Dividendenausschüttung nachzusagen versucht, wenn man uns aber nun plötzlich für Verschwender halte, die Dividenden aus fremdem Geld bezahlten, so bedürfe dies einer Richtigstellung. Charakteristisches Merkmal für das betreffende Geschäftsjahr sei eine stark wechselnde Marktlage gewesen. Auf ein sehr schwaches erstes Halbjahr folgte bekanntlich ein kräftiger Umschwung mit einer ausgesprochenen Hochkonjunktur in den letzten Monaten des Berichtsjahres. Insgesamt gesehen, so sagte Butschkau, hätten jedoch die Nachteile der Depression überwogen. Erst andere Momente hätten hinzukommen müssen, um das vorliegende Gewinnergebnis zu ermöglichen. Als solche Momente nannte er die Vereinnahmung der Organschaftsabrechnung mit der Bergbaugesellschaft für 21 Monate sowie den Rückgang der Besitz- und Ertragssteuern als Folge der Übernahme eines Steuerverlust-Vortrages bei der Bergbau AG Neue Hoffnung zum 1. Januar 1959. Eine Senkung zeige dabei interessanterweise nur die Körperschaftssteuer, während die Gewerbesteuer schon fast eine fixe Steuer geworden sei. Der steuerliche Verlustvortrag bei der Neuen Hoffnung sei dadurch entstanden, daß diese Gesellschaft noch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten habe nutzen können. Bei einem Vergleich der Gewinn- und Verlustrechnung der beiden letzten Jahre finde man deshalb eine um 15,4 Mill. DM geringere Ertragssteuerposition, die sonstigen Kosten der Gewinn- und Verlustrechnung seien leicht vermindert, Zugänge zeigten sich lediglich bei dem „zusätzlichen Sozialaufwand" für die Vergrößerung des Pensionsfonds und bei den Wertberichtigungen.

Der durstige Fiskus

Direktor Butschkau erinnerte an seine Bemerkung zu dem Vorjahr, mit der er das Bruttoergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem gefüllten Glase Wein verglich. Zunächst erlaube sich der Fiskus für Zwecke der Allgemeinheit („dies tue ich für Euch alle") einen großen Schluck, womit das Glas dann schon bis über die Hälfte geleert sei, dann tränke natürlich auch der Betrieb einen kleinen Schluck auf sein eigenes Wohl, und erst danach käme der handelsbilanzmäßige „Reingewinn" als letzter Schluck in die Kehlen der Aktionäre. Steuerbilanzgewinne und Handelsbilanzgewinne seien gewissermaßen kommunizierende Röhren. Selbst bei rückläufigen Erträgen der Handelsbilanz erscheine eine Dividendenerhöhung möglich, wenn einer der Aufwandsfaktoren, die zwischen Brutto- und Netto-Ertrag stehen, sich zeitweise so stark verkleinerten, daß der Netto-Ertrag steige.

Die Dividendenerhöhung

Wie der Aufsichtsratsvorsitzende erklärte, habe man diesen Schritt der Dividendenerhöhung erst nach sorgfältiger Überlegung getan. Dabei habe man auch der wiederholt zum Ausdruck gekommenen Vorstellung Rechnung getragen, daß die Dividenden-Kontinuität in der Wirtschaft zwar beachtet, aber nicht übertrieben werden solle. Also: daß man — soweit man dazu in der Lage — die Dividende steigern solle, insbesondere dann, wenn man gleichzeitig die Aktionäre um eine Kapitalerhöhung zu diesem Kurs anzusprechen gewillt sei, während bei umgekehrter Entwicklung dann der Aktionär auch eine Dividendensenkung in Kauf nehmen müßte. Die Durchschnitts-Dividende von 23 Aktiengesellschaften der

Fortsetzung übernächste Seite

Thyssen Krupp Corporate Archives

Die Hauptversammlung von unserer Kamera für die Belegschaft gesehen



▲ Blick in den Werksgasthaussaal während der Hauptversammlung. Am Rednerpult Aufsichtsratsvorsitzender Fritz Butschkau, der die HV leitete. Anwesend waren 548 Aktionäre und Aktionärvertreter, die insgesamt 181 111 000 DM vertraten. Das sind 86,6 Prozent des Grundkapitals von 208 Millionen DM, das durch Beschluß der Hauptversammlung um 52 Millionen DM auf 260 Millionen DM erhöht wurde.



◀ Herzliche Begrüßungsworte richtete Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau an Dr. Hermann Kellermann, den im 85. Lebensjahr stehenden früheren stellvertretenden Vorsitzenden unseres Aufsichtsrates, den er als „den guten Mentor unseres Werkes" bezeichnete. Als Nachfolger von Kommerzienrat Reusch war Dr. Kellermann leitender Generaldirektor des noch unentflochtenen GHH-Konzerns. Von rechts nach links: Direktor Butschkau, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes; Aufsichtsratsmitglied Dr. Hans Janberg (halbverdeckt), Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG; Bergassessor a. D. Dr.-Ing. E. h. Hermann Kellermann; Dr. Hans Pahl, der als Vertreter der Anteilseignerseite neu in den Aufsichtsrat gewählt wurde.





▲ Als Vertreter der Bergbau-Belegschaft wurden Hans Schmitz (links) und Heinz Borns in den Aufsichtsrat delegiert. Rechts Eberhard Kadow, früher Ortsbevollmächtigter der IG Bergbau in Oberhausen, jetzt Leiter der Geschäftsstelle der IG Bergbau in Moers. E. Kadow gehört ebenfalls dem erweiterten Aufsichtsrat an. Die Vergrößerung des Aufsichtsrats — so teilte der Aufsichtsratsvorsitzende der Hauptversammlung auf die Opposition eines Aktionärs hin mit — sei notwendig geworden, um die Arbeitnehmerseite des Bergbaus in angemessener Weise in dem neuen Aufsichtsrat vertreten zu wissen.

▲ Unser Bild zeigt (v. l. n. r.) Dipl.-Volkswirt Rolf Spaethen, Vorstandsmitglied der Deutschen Angestelltengewerkschaft, neues Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmerseite; Direktor Dr. Ernst Frank von der GHH; Dr. Otto Wiskott, der auf der Seite der Anteilseigner in den Aufsichtsrat hinzugewählt wurde. Rechts erkennt man Minister Johannes Ernst (mit der Hand an der Krawatte), der als sogenanntes „weiteres Mitglied" im Sinne von § 4 Abs. 2 des Mitbestimmungsgesetzes der Arbeitnehmerseite des Aufsichtsrates angehört.



In dichten Stuhlreihen saßen die Teilnehmer an der Hauptversammlung. Der Werksgasthaussaal vermochte die vielen Aktionäre kaum zu fassen, deren Zahl sich durch Umtausch der Bergbau-Aktien gegenüber früheren Hauptversammlungen unserer Gesellschaft wesentlich vergrößert hat. ▶

thyssenkrupp Corporate Archives

Löhne stiegen an

Eisen schaffenden Industrie (Ende November 1959) wurde von Butschkau mit 8,75 Prozent angegeben, der Durchschnittskurs von 1,86 Millionen DM Aktienkapital der Eisen erzeugenden Industrie mit 322 Prozent und die Durchschnittsrendite mit 2,71 Prozent.

Hochofen A im Einsatz

Nach diesen finanztechnischen Erläuterungen wandte sich der Aufsichtsratsvorsitzende der Lage des Werkes im besonderen zu. Er kam noch einmal zu sprechen auf den am 8. Dezember 1959 angeblasenen Hochofen A, womit eines der größten und wichtigsten Bauvorhaben der letzten Jahre abgeschlossen worden ist. Die Inbetriebnahme des neuen Hochofens gestatte, ohne Einbuße an Betriebsleistung, die Neuzustellung anderer Hochöfen, von denen einige bereits über zwei Millionen und einer sogar schon mehr als drei Millionen Tonnen Roheisen produziert haben. Ferner werde die Roheisenkapazität von monatlich etwa 40000 Tonnen in den kommenden Monaten von den Stahlwerken in steigendem Maße in Anspruch genommen und uns auch dem Schrottmarkt gegenüber elastischer machen. Letztlich ließe der neue Hochofen günstige Roheisenkosten erwarten.

Martinwerk und Walsum

Als zwei weitere bedeutende Investitionen, die gegen Ende dieses Jahres abgeschlossen werden, nannte er den Bau der neuen Sinteranlage („sozusagen der Schlußstein in dem Gesamtobjekt der Erzvorbereitung im Hafen Walsum") sowie den neuen 200-t-Siemens-Martin-Ofen, der als erster Ofen dieser Größe bei der Erweiterung des Martinwerkes II errichtet wird. Durch diesen Ofen werde die Rohstahlkapazität des Werkes um jährlich etwa 180000 Tonnen erhöht.

Indem er auf das Gebiet des Personal- und Sozialwesens überleitete, gab Direktor Butschkau zu verstehen, daß für die Belegschaft das Geschäftsjahr 1958/59 mit unangenehmen Begleitumständen verbunden gewesen sei. Während der ersten Hälfte des Geschäftsjahres sei es nicht möglich gewesen, die verschiedenen Betriebsabteilungen ausreichend zu beschäftigen. Trotz der bekannten Einstellung der Werksleitung, mit Personalaufstockungen in Zeiten einer Hochkonjunktur zurückhaltend zu sein, um nicht bei jedem konjunkturellen Einbruch Entlassungen vornehmen zu müssen, und trotz der in unserem Werk im Vergleich zu anderen Werken tatsächlich weitaus weniger schwankungsreich verlaufenen Beschäftigungskurve, wäre es jedoch nicht möglich gewesen, die Belegschaft allein über den natürlichen Abgang zu vermindern. In geringem Umfang hätten daher auch Entlassungen ausgesprochen werden müssen. Im März 1959 sei mit 14078 Beschäftigten ein vorübergehender Tiefstand erreicht gewesen. Störend ausgewirkt hätten sich außerdem die durch die Auftragslage notwendig gewordenen häufigen Umbesetzungen von Betriebsabteilung zu Betriebsabteilung. Seit Frühjahr letzten Jahres habe sich die Situation bekanntlich sehr schnell gebessert, so daß am 30. 9. 1959 bereits wieder 500 Arbeiter und Angestellte mehr beschäftigt worden seien.

Zur Lohnentwicklung berichtete der Aufsichtsratsvorsitzende, daß im Oberhausener Werk die Stundenlöhne im Berichtsjahr (ausschließlich Mehrarbeits-, Sonntags- und Feiertagszuschläge und Sozialzulagen) um 3,4 Prozent auf 3,09 DM, die Monatseinkommen der durchschnittlich entlohnten Arbeiter um 2 Prozent auf 621,60 DM angestiegen seien. Im Zusammenhang mit dem Anstieg der Versorgungsleistungen und der sozialen Sicherung der Arbeitnehmer durch Renten, Krankengeld usw. werde häufig die Besorgnis geäußert, daß gerade die Großbetriebe des Guten zuviel täten und damit in unser Volk ein Versorgungsdenken einziehe, das zum Rentnerstaat und Staatsrentner-Dasein führen müsse. Daß man nicht zwangsläufig in eine übermäßige Forcierung hineinzurutschen brauche, zeige demgegenüber die Arbeit unseres Werkes. Seit einer Reihe von Jahren seien die leitenden Stellen der HOAG bemüht, durch einen Appell an die Mitarbeit der Belegschaft den Sinn gezielter Versorgungsleistungen verständlich zu machen.

Gutes soziales Klima

Die Ergebnisse dieser zwischenmenschlichen Bemühungen spiegelten sich in verschiedener Hinsicht auch in Zahlen wider. In diesem Zusammenhang erwähnte Direktor Butschkau, daß, wie schon in den Vorjahren, die HOAG nur ein Drittel der Unfallzahlen der Eisen- und Stahlindustrie aufzuweisen habe. Auch die Entwicklung des Krankenstandes sei sowohl während des letzten als auch während der vorhergehenden Geschäftsjahre bemerkenswert niedrig gewesen, so daß von einem Mißbrauch des Lohnfortzahlungsgesetzes nicht gesprochen werden könne. Dieser erfreulichen Entwicklung sei zu verdanken, daß der Beitragssatz für die Betriebskrankenkasse mit 6,8 Prozent des Bruttoverdienstes der niedrigste der gesamten Eisen- und Stahlindustrie sei, was sowohl bei den Beschäftigten als auch beim Werk positiv zu Buche schlage. Die Einführung der monatlichen Lohnzahlung für das gesamte Werk habe unter anderem die Wirkung gehabt, daß Lohnpfändungen weiter zurückgegangen seien. Schließlich seien willkürliche Arbeitsversäumnisse so gut wie überhaupt nicht vorhanden. Es könne nicht verkannt werden, so sagte Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau, daß alle diese Momente zusammengenommen einen erheblichen Einfluß auf die Leistungsfähigkeit des Werkes hätten.

Wegeunfälle nahmen zu

Hinsichtlich der Unfallentwicklung stellte Direktor Butschkau insbesondere die Tatsache heraus, daß sich die Verkehrsunfälle auf dem Wege von und zum Werk gegenüber dem davorliegenden Geschäftsjahr von 142 auf 165 erhöht haben. Der Vorstand weist mit Recht darauf hin, daß die einzelne Wegstunde für die Belegschaft gefährlicher geworden sei als die einzelne Arbeitsstunde.

Dem Wohnungsbau, so sagte er, hätten während des Berichtsjahres besondere Bemühungen gegolten. Nachdem noch einmal 500 Wohnungen hätten fertiggestellt werden können, sei der Wohnungsbestand der Hütte auf nunmehr rund 5000 Wohnungen angewachsen. Im laufenden Geschäftsjahr sei noch einmal ein größeres Programm mit 500 Wohnungen in Angriff genommen, ermöglicht durch die rechtzeitige letztmalige Bereitstellung von 7c-Mitteln. Infolge der Grundstücksknappheit im Ruhrgebiet, die sich im Oberhausener Raum besonders stark bemerkbar mache, sei die Werksleitung jedoch gezwungen, auf den der Gesellschaft noch zur Verfügung stehenden wenigen Grundstücken Hochhäuser

Fortsetzung übernächste Seite

KAPITAL

Was ist das überhaupt?

Kapital, Arbeitskraft und unternehmerische Leistung — das sind drei Säulen, auf denen jeder Betrieb ruht. Nur wenn jede dieser drei Voraussetzungen in ausreichendem Maße erfüllt ist, kann sich ein Betrieb im Wettbewerb behaupten, und nur dann haben alle, die mit ihm verbunden sind, die Aussicht auf ein angemessenes Entgelt für ihren Beitrag. Würde beispielsweise die Belegschaft mit ihrer Leistung zurückhalten, dann würde die beste Maschinenausstattung nichts nützen und alle Anstrengungen der Unternehmensleitung um Aufträge und Betriebserfolg wären vergebens. Genauso hätte ein Versagen der Betriebsführung eine Entwertung der Belegschaftsleistung und der maschinellen Anlagen zur Folge; Kapital und Arbeitskraft brauchen, um wirksam werden zu können, eine ideenreiche, vorausschauende, das Risiko richtig abwägende und doch nicht zaghafte „dritte Kraft", eben die unternehmerische Leistung. Dasselbe gilt vom dritten Faktor, vom Kapital: Eine Unternehmensleitung mag noch so findig und unermüdlich rege sein, wenn sie nicht die entsprechenden technischen Produktionsanlagen zur Verfügung hat, ist ihre Mühe vergebens.

Bleiben wir heute einmal beim Kapital. Was ist das überhaupt? Der Begriff hat in der sozialpolitischen Auseinandersetzung als Schlagwort eine große Rolle gespielt, und auch heute steht er — wenn auch unter ganz anderen Gesichtspunkten — wieder im Mittelpunkt. Im Grunde ist das Kapital für die Industrie nichts anderes als die Kücheneinrichtung für die Hausfrau. Jede Hausfrau braucht, um wirtschaften zu können, eine Anzahl von Geräten: Messer, Gabeln, Löffel, Schüsseln, Töpfe, Pfannen und dazu einen Küchenherd. Ohne diese Dinge kann sie — und hätte sie die besten Lebensmittel! — kein Essen auf den Tisch bringen. Genauso ist es in einer Fabrik. Es sind da zuerst Gebäude, Maschinen und Werkzeuge notwendig. Ohne sie könnten die Rohstoffe nicht in Erzeugnisse umgewandelt werden, die man verkaufen kann. Hinter dem Begriff Kapital verbergen sich also ganz bestimmte handgreifliche Gegenstände, nämlich die technische Einrichtung für die „Produktion".

Nehmen wir nun einmal ein Unternehmen, etwa ein Hüttenwerk. Es verfügt über ein ganz bestimmtes Kapital, nämlich über die in diesem Augenblick vorhandenen technischen Einrichtungen. Mit diesen Produktionsmitteln kann ihre Belegschaft — unter einer tüchtigen Unternehmensleitung — eine bestimmte Arbeitsleistung vollbringen. Diese Leistung aber soll jetzt gesteigert werden. Es sollen noch bessere und modernere Maschinen angeschafft werden. Solche Neuanschaffungen müssen natürlich bezahlt werden. Welche Mittel stehen dafür zur Verfügung?

Zunächst sind es die Abschreibungen. Was ist das? Jedermann weiß, daß sich jede Maschine dauernd abnützt, also an Wert verliert. Deshalb ist in der Steuergesetzgebung bestimmt, daß jeder Betrieb die Wertminderung seiner Maschinen genauso wie die Rohstoffkosten und den Lohnaufwand zu seinen Unkosten rechnen darf und deshalb vom Rohertrag abziehen kann, um sie nicht als Gewinn versteuern zu müssen. Man kann also vom Wert der Maschinen im Laufe eines Jahres einen bestimmten Betrag „abschreiben". Wird dieser Betrag wieder zum Ankauf neuer Maschinen verwendet, dann sind diese „aus den Abschreibungen finanziert". Den Unternehmungen wird bei dieser Abschreibungsmöglichkeit somit nicht etwa — wie dann und wann irrtümlich gesagt wird — etwas geschenkt, sondern sie brauchen nur den Teil ihrer Einnahmen, den sie im Ausmaß der Maschinenabnützung für den Ausgleich dieses Verschleißes ausgeben, nicht zu versteuern. Ob ein Unternehmen den Abschreibungsbetrag tatsächlich wieder investieren, also zum Kauf neuer Maschinen verwenden kann, hängt ganz davon ab, ob es die Abschreibungen auch „verdient", das heißt davon, ob ihm nach der Bezahlung der Löhne, Rohstoffe und sonstigen Unkosten noch ein entsprechender Betrag übrigbleibt.

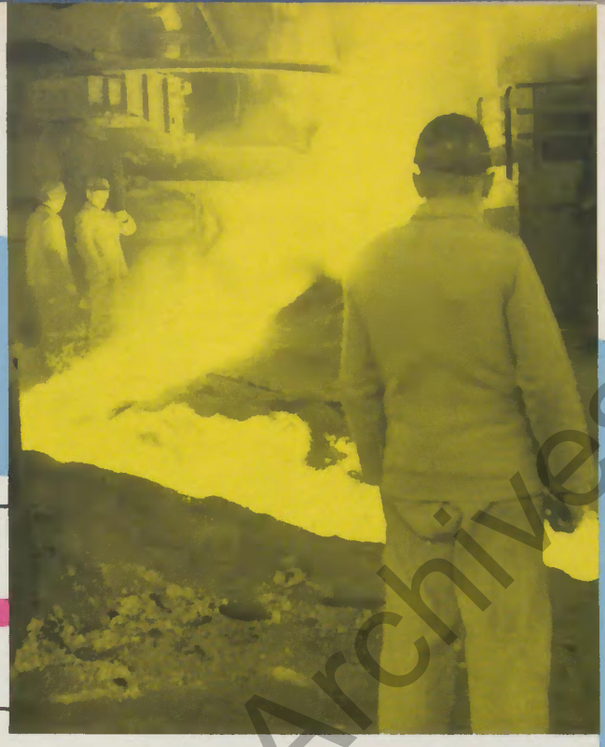
Aber nehmen wir an, das sei der Fall. Dann ist es so, daß mit dem Abschreibungsbetrag heute gar nicht mehr soviel gekauft werden kann, wie abgenützt wird. Denn die Maschinen sind teurer geworden, während die Abschreibungen nach dem (niedrigeren) Anschaffungswert der vorhandenen Maschinen berechnet werden. Deshalb muß jedes Unternehmen, das seine Leistungskraft unverändert erhalten will, noch einen Teil des Gewinns, den es versteuern muß, für Ersatzanschaffungen verwenden. Diese sogenannte Selbstfinanzierung spielt eine noch größere Rolle, wenn ein Unternehmen seine Leistungsfähigkeit sogar erhöhen und seine „Produktivität" (die Leistung je Belegschaftsmitglied und Stunde) steigern will. Investitionen aus dem Gewinn sind aber viel teurer als solche über Abschreibungen. Um eine Million für neue Produktionsmittel ausgeben zu können, müssen immerhin noch zwei Millionen verdient werden, weil die Hälfte davon in die Kassen des Finanzamtes geht.

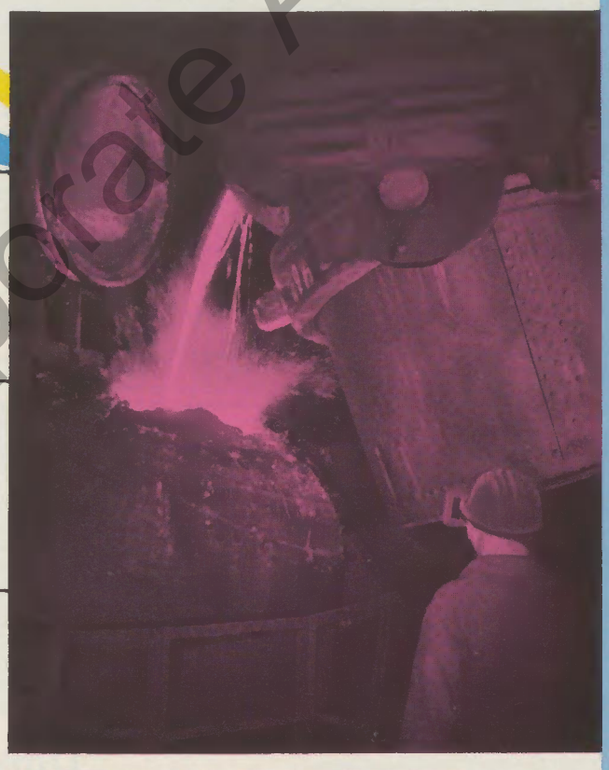
Nun gibt es aber noch andere Möglichkeiten, Investitionen zu finanzieren. Die eine ist die, daß ein Unternehmen zu diesem Zweck Kredite aufnimmt, sich also langfristig Geld leiht. Das geschieht normalerweise in der Form einer Anleihe, für die ein fester Zinssatz gezahlt wird, ganz gleich, ob sich ein Unternehmen rentiert oder nicht.

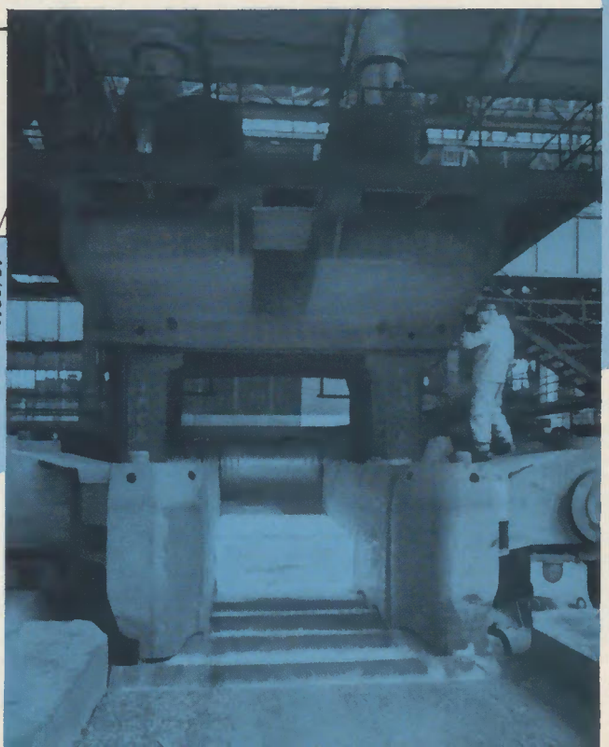
Die allmähliche Besserung des Kapitalmarktes bietet aber noch nach einer anderen Seite hin Geldbeschaffungsmöglichkeiten. Wir meinen die Erhöhung des Eigenkapitals. Gibt nämlich eine Aktiengesellschaft neue Aktien aus, erhöht sie ihr Grundkapital, beispielsweise die HOAG von 208 auf 260 Millionen D-Mark, dann bringen die Käufer dieser zusätzlichen Aktien (es sind normalerweise die alten Aktionäre, aber es können auch andere sein) 52 Millionen D-Mark als Eigenkapital neu in das Unternehmen ein. Mit diesem Geld können nunmehr Investitionen gemacht werden. Dieses neue Geld braucht ebensowenig wie die alten Aktien zu einem festen Satz verzinst zu werden. Die Aktionäre erhalten ja als Eigentümer des Werkes eine Dividende, und wie hoch diese ist und ob eine Dividende überhaupt ausgeschüttet werden kann, hängt ganz davon ab, ob und wieviel das Unternehmen verdient. Wie jeder Aktionär, gehen also auch die Käufer solcher neuer Aktien ein Risiko ein. Selbstverständlich geben sie ihr Geld in der Erwartung hin, daß es einen angemessenen Ertrag abwirft. Diese Erwartung zu erfüllen, hat auch die Belegschaft ein Interesse. Denn sonst würde die Bereitschaft, Aktien zu kaufen, schwinden und die Unternehmen wären nicht in der Lage, die betrieblichen Verbesserungen vorzunehmen, mit denen allein die Ergiebigkeit (Produktivität) gesteigert werden kann.

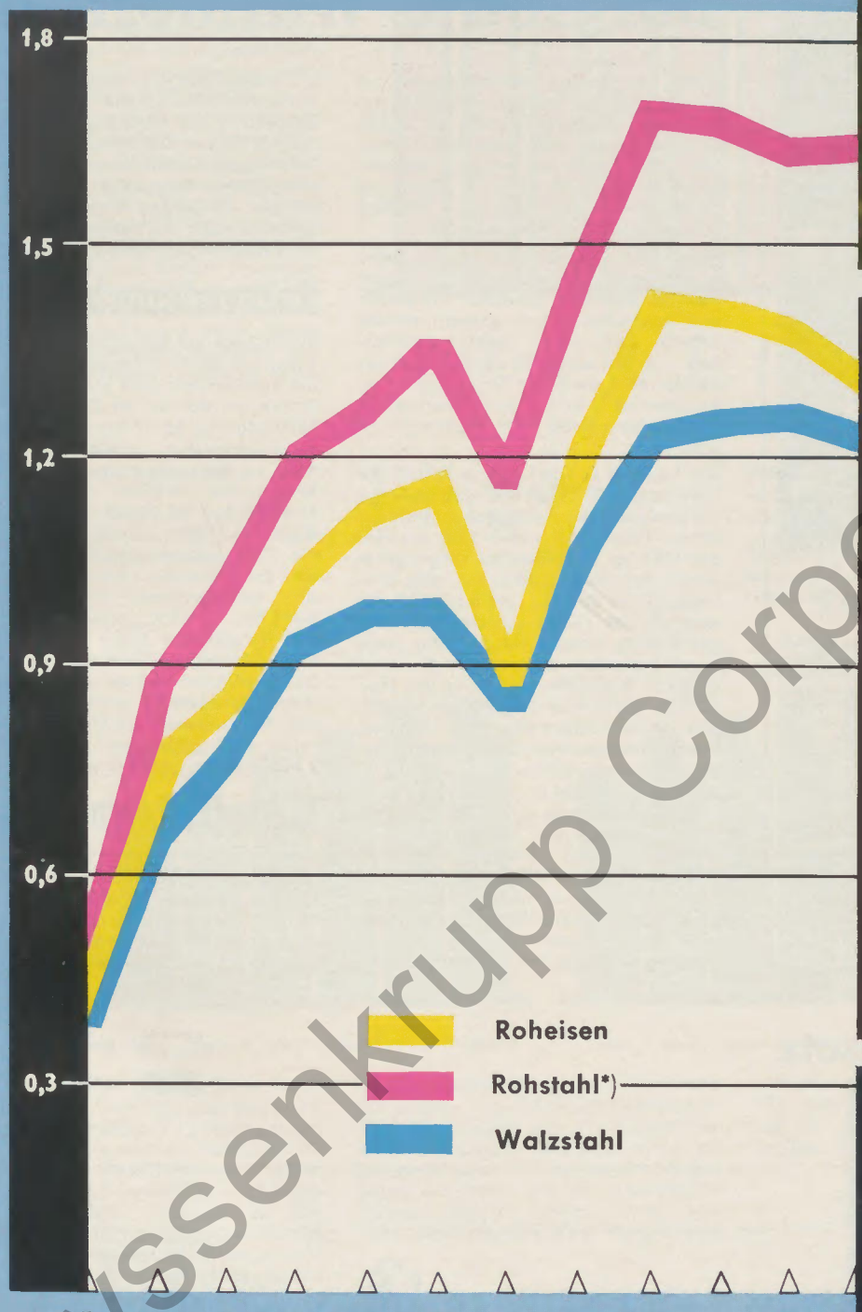
ThyssenKrupp Corporate Archives

Erzeugung von Roheisen, Rohstahl und Walzstahl



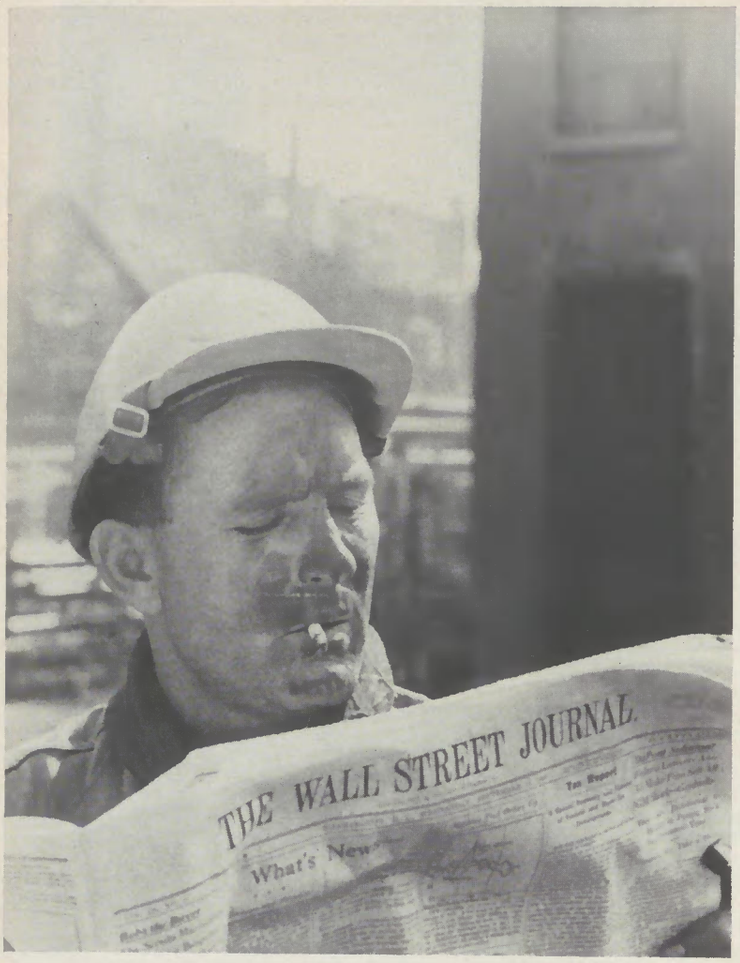






*) Von den insgesamt 1653249 t Rohstahl, die im Geschäftsjahr 1958/59 in Oberhausen erzeugt wurden, waren 896158 t Thomasstahl, 686967 t Siemens-Martin-Stahl und 70124 t Rotorstahl.

thyssenkrupp Corporate Archives



Ein Volk von wirtschaftlichen Ignoranten?

Während bei uns sich das Wirtschaftsgeschehen abwickelt hinter einem Vorhang von Fremd- und Schlagworten, was dem einfachen Mann den Zugang zum Verständnis wirtschaftlicher Vorgänge oft sehr erschwert, wird in den USA alles getan, um dem Mann auf der Straße die Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge zu vermitteln. Zudem ist der Wirtschaftsteil unserer Tageszeitungen zumeist in einem Stil geschrieben, der nicht gerade dazu angetan ist, wirtschaftliche Vorgänge allgemein verständlich zu machen. In Amerika dagegen ist die Lektüre der Wirtschaftszeitungen nicht nur Sache der Finanzwelt oder einiger weniger Leute in den Werksleitungen, sondern das Funktionieren der Wirtschaft findet dort in weitaus stärkerem Maße als bei uns das Interesse der breiten Volksschichten. Auf unserem Bild ist es Paul Craft, Elektriker in einem Pittsburgher Werk, der sich in der Frühstückspause anhand der bekannten Wirtschaftszeitung „The Wall Street Journal" informiert. Vielleicht interessiert ihn die Lage der Eisen- und Stahlindustrie, vielleicht aber auch der Kurs seiner Aktien. — Wer in Deutschland gegen Schichtwechsel der Industriebetriebe mit der Straßenbahn fährt, wird demgegenüber feststellen, daß unsere Arbeiter ein Blatt bevorzugen, das zwar mit „Crime and Sex" gespickt ist, aber mit keinem Wort zur wirtschaftlichen Orientierung beiträgt. In diesem Zusammenhang auf die von der Bundesregierung propagierte Eigentumspolitik anspielend, sagte kürzlich ein bekannter Unternehmer: „Man schwärmt gerne davon, daß das deutsche Volk ein Volk von Eigentümern werden soll. Aber wie kann ein Volk von wirtschaftlichen Ignoranten schließlich ein Volk von Eigentümern werden?"

zu errichten, die bei gleichen Baukosten und Mieten übrigens noch gehobeneren Wohnkomfort gestatteten.

Dank an alle Mitarbeiter

Damit beendete der Aufsichtsratsvorsitzende seinen Bericht über die Lage des Werkes im besonderen: „Anschließend darf ich nunmehr als Vorsitzender der Hauptversammlung auch im Namen der Anteilseigner allen Arbeitern und Angestellten, dem Betriebsrat und vor allem den drei Mitgliedern des Vorstandes, Herrn Graef, Herrn Siering und Herrn Strohmenger, für ihre gemeinsame, hervorragende und pflichttreue Arbeit während des letzten Geschäftsjahres herzlich danken."

Diesem Dank schloß Direktor Butschkau ein Wort herzlichen Willkommens an, das er an die große Belegschaft des Bergbaus richtete, die im Zuge der Fusion nun wieder zu uns gestoßen ist. Die Angehörigen des Bergbaus könnten versichert sein, daß die Eigenständigkeit des Bergbaus beachtet würde, seine Personal- und Sozialprobleme werde man mit der gleichen Sorgfalt behandeln wie im Bereich des Hüttenwerkes.

Bergleute wandern ab

Einige allgemeine Betrachtungen zur wirtschaftlichen Situation schlossen sich an. Zwei Probleme wurden in diesem Zusammenhang von Butschkau behandelt: die Entwicklung auf dem Steinkohlensektor sowie die Lage der Eisen- und Stahlindustrie insbesondere im Hinblick auf die Lohn- und Preissituation.

Bekanntlich hat im westdeutschen Steinkohlenbergbau immer noch kein Gleichgewicht zwischen laufender Förderung und laufendem Absatz erreicht werden können, wenn auch — so folgerte Butschkau — in den letzten Monaten Fortschritte bei der Anpassung der Förderung unverkennbar seien und eine Dramatisierung des Kohleproblems nicht angebracht erscheine.

Die Leistung je Mann und je Schicht der Untertage-Belegschaft des westdeutschen Steinkohlebergbaus stieg bekanntlich von Januar 1958 bis September 1959 von 1633 auf 1959 kg. Im Dezember vergangenen Jahres, so teilte Butschkau mit, stieg diese Leistung auf 2011 kg, während auf den nunmehrigen HOAG-Schachtanlagen sogar 2079 kg erreicht wurden. Man wolle durch besondere Maßnahmen die westdeutsche Steinkohlenförderung um etwa 12 Mill., die Kokserzeugung um 3,2 Mill. und die Brikettherstellung um 0,4 Mill. Tonnen einschränken. Die Haldenbestände des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, so berichtete er, beliefen sich Ende vergangenen Jahres auf 9,74 Mill. Tonnen Kohlen und 6,77 Mill. Tonnen Koks. Dies entspreche einer Förderleistung von 38 Tagen, beim HOAG-Bergbau der von 34 Fördertagen. In diesem Zusammenhang schnitt Direktor Butschkau ein heikles Problem an, indem er auf die Abwanderung von Bergleuten zu sprechen kam:

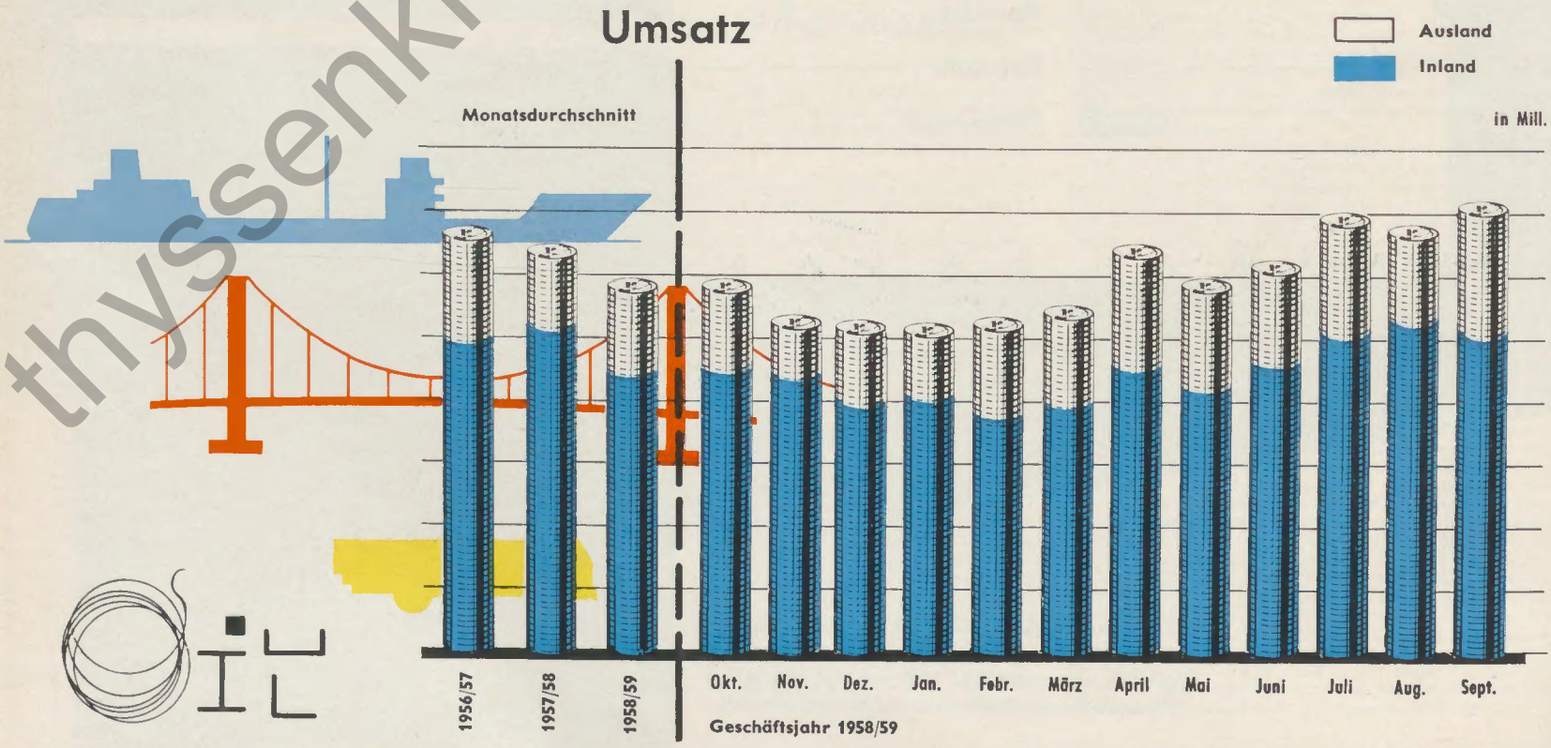
Die Belegschaft des westdeutschen Steinkohlenbergbaus verminderte sich, überwiegend durch freiwillige Abgänge, in Jahresfrist um 10,6 Prozent, bei uns um 7,9 Prozent, wobei die Abkehr der leistungsfähigen Jahrgänge und der Spezialarbeiter zu Sorgen Anlaß gebe. Inzwischen, so teilte der Referent mit, aber sei die Abwanderung geringer geworden.

Koksverbrauch sinkt

Im Hinblick auf die schwierige Lage der Kohle sei daher in unserem Hüttenwerk die Roheisenseite stets etwas stärker gefördert worden als im Durchschnitt der Stahlindustrie, da für uns das Problem des Koksverbrauches größere Bedeutung habe als bei anderen mehr Schrott verbrauchenden Werken. In diesem Zusammenhang sei jedoch interessant, daß durch die Modernisierung der Hochöfen, die Verwendung hochprozentiger Erze und zunehmender Sinterung gleichwohl der Koksverbrauch sinke. Direktor Butschkau machte darauf aufmerksam, daß Bergassessor Klaus Haniel auf der Pressekonferenz unseres Werkes kürzlich festgestellt habe, daß bei gleichbleibender Roheisenproduktion in der Bundesrepublik der Verbrauch an Hochofenkoks im Jahre 1957 gegenüber 1959 um etwa 2 Mill. Tonnen geringer war.

Kohle bleibt im Markt

Zusammengenommen würden im Rahmen der Energieplanung die deutschen Steinkohlenpreise unverändert wichtig bleiben, ebensosehr für das Bundesgebiet als auch für den europäischen Raum. Die Kohle habe in der Marktwirtschaft nie voll



thyssenkrupp Corporate Archives

und frei mitspielen können, man müsse daher erwarten, daß die Schutzmaßnahmen der Regierung mit den Selbsthilfemaßnahmen des Bergbaus zeitlich koordiniert blieben. Deutschland, das mit über die beste Kohle in Europa verfüge, werde immer Kohleabsatzmöglichkeiten, auch für nicht mineralogische Zwecke, besitzen. Es werde aber noch einiger Jahre gemeinsamer Anstrengungen von Regierung und Bergbau bedürfen, um Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht zu bringen.

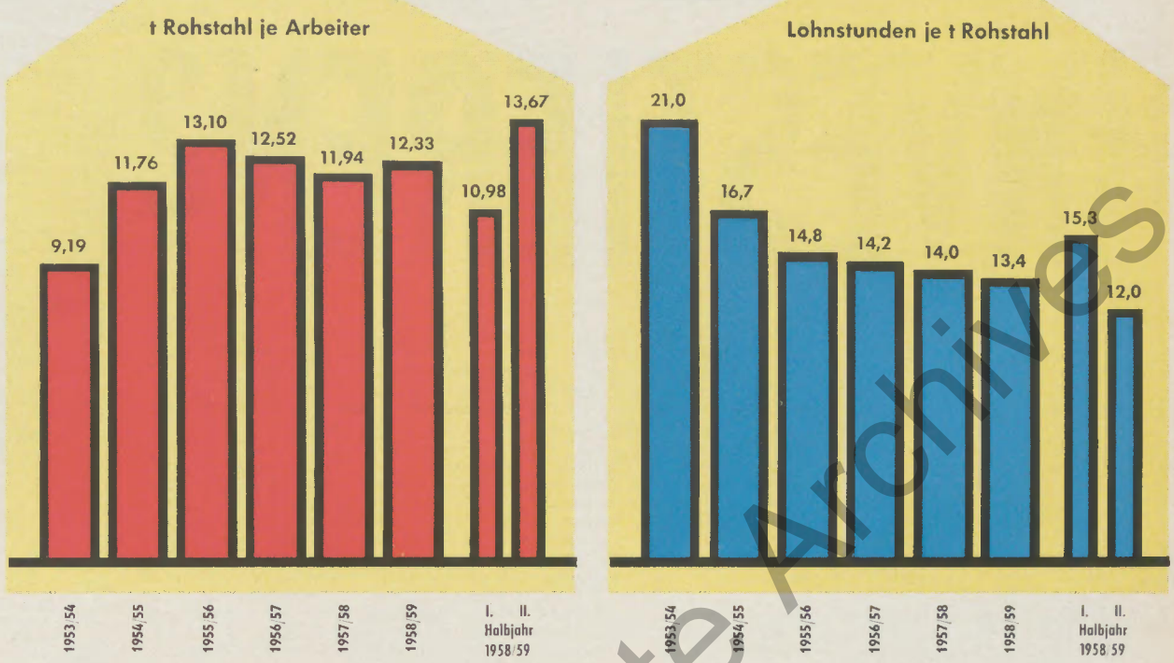
Gute Stahlkonjunktur

Während sich also beim Bergbau das Tief langsam abzuschwächen beginne, stehe das Barometer bei der Stahlindustrie nach Abzug der Regenfront offensichtlich auf Schönwetter. Mit dieser Feststellung leitete Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau über auf die Lage am Stahlmarkt.

Er ging davon aus, daß im Gegensatz zum Vorjahr alle maßgeblichen Industrieländer eine Zunahme der Rohstahlproduktion zu verzeichnen hatten. Hier die Produktionsergebnisse: Von 270 Mill. Tonnen im Jahre 1958 stieg die Walzstahlerzeugung auf 301 Mill. Tonnen im Jahre 1959, also um mehr als zehn Prozent. Von diesen 301 Mill. Tonnen entfielen etwa 97 Mill. Tonnen auf die Länder des Ostblocks, d. h. auf Rußland, China, Polen, Tschechoslowakei, Sowjetzone, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Nordkorea. Wenn











man die Zuwachsrate, d. h. die Mehrproduktion im Verhältnis zur Vorjahresproduktion betrachtet, so erzielten Japan mit 37 Prozent, gefolgt von Rot-China mit 17 Prozent, die Niederlande mit 16,3 Prozent und die Bundesrepublik mit 13,3 Prozent die größten Zuwachsraten. Die Sowjetunion erreichte einen Zuwachs von 9,2 Prozent, während die USA (beeinträchtigt durch den 116 Tage dauernden Streik) immerhin noch eine Zuwachsrate von 8,8 Prozent aufweisen. Die Zuwachsraten der anderen Länder blieben hinter dem Durchschnitt zurück. Der Anteil unseres Werkes an der Erzeugung der Bundesrepublik, so gab Fritz Butschkau bekannt, konnte mit 7,7 Prozent bei Roheisen und 6,9 Prozent bei Rohstahl und Walzwerksfertigerzeugnissen gut behauptet werden.

Untrügliche Zeichen, so meinte er, sprächen dafür, daß sich die Gesamtnachfrage, die bisher von der Bauwirtschaft, den anhaltenden Exportüberschüssen, dem Lageraufbau, der Ausweitung des öffentlichen Verbrauchs und insbesondere von den stark steigenden Investitionsausgaben getragen wurde, weiter verstärken werde. Damit ständen wir offenbar am Beginn einer neuen Lohn- und Gehaltswelle, und je nach deren Größe — nämlich dann, wenn sie weit über die eingetretene Gesamtproduktivitätssteigerung unseres Wirtschaftsapparates hinausgehen sollten — vor der akuten Gefahr neuer Preissteigerungen. Die damit eingetretenen Spannungen bereiteten schon seit geraumer Zeit all denjenigen Sorgen, denen das Wohl und die Stabilität des Ganzen politisch anvertraut sei oder denen es wirtschaftlich am Herzen liege.

Amerika als Beispiel

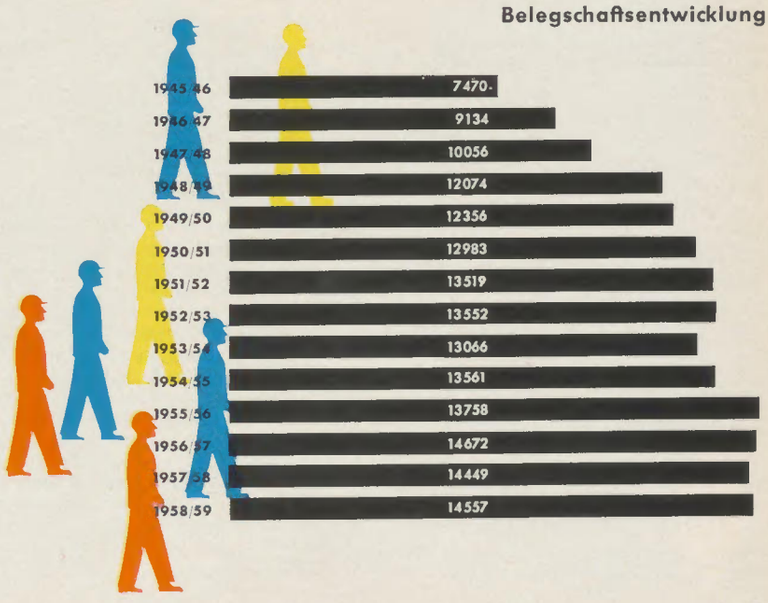
In einer solchen Lage würden zahlreiche Faktoren wirksam, die man zur richtigen Beurteilung berücksichtigen müsse. Als mit am wichtigsten nannte er die internationalen Zusammenhänge, die in den Waren- und Geldbewegungen der Welt bestehen. Kein Land, am wenigsten die in der Veredelungsarbeit zunehmend mit der ganzen Welt integrierte Bundesrepublik, könne sich den Einflüssen entziehen, die von der Entwicklung der Stabilität oder Instabilität in den übrigen Ländern der Welt ausgingen.

Solche Einflüsse, meinte der Vortragende, würden sicher auch von der Einigung ausgehen, die im amerikanischen Stahlarbeiterstreik stattfand. Ihre Bedeutung werde sicherlich sogar über das Branchengebiet „Stahl" hinausgehen. Vielleicht werde man dies später als einen Testfall für eine Stabilisierungspolitik ansehen, die vor Wahlen (in USA) Schiffbruch erlitten habe. In jeder amerikanischen Zeitung oder Zeitschrift könne man nachlesen, worin die Einigung nach dem 116-tägigen Streik bestände: Dynamische Lohnerhöhungen in drei Raten für 30 Monate, beginnend mit dem Monat nach den Präsidentschaftswahlen, d. h. ab 1. Dezember 1960, über insgesamt 41,3 Cents. Ab 1. Januar 1960 volle Übernahme von Sozialzulagen durch die Unternehmer, ferner leichte Begrenzung einer außerdem bestehenden Gleitklausel, die Lohnerhöhungen im Falle von Steigerungen der Lebenshaltungskosten zusätzlich vorsieht, und ferner neutralisierte sogenannte „Work-Regulations" (die Arbeit im Werk regelnde Verträge).

Die Preise für Stahl seien in diesen Verhandlungen nicht berührt worden. Die amerikanische Presse aber rede bereits von Preiserhöhungen. Die Reaktion der amerikanischen und europäischen Öffentlichkeit zu dieser Frage sei fast einheitlich, und zwar folgendermaßen: Die geschäftliche Umsatztätigkeit dürfte in den Vereinigten Staaten zwar zunächst eine Spritze bekommen, aber die Minderung der Kaufkraft des Dollar werde sich durch eine absehbare neue Drehung der Lohn-Preis-Schraube innerhalb der gesamten amerikanischen Wirtschaft ausbreiten. Es seien daraufhin bereits Lohnerhöhungen in der Größenordnung von 40 Cents die Stunde im New Yorker Nahverkehr ein-

Fortsetzung nächste Seite unten

Belegschaftsentwicklung



ThyssenKrupp Corporate Archives

Was heißt eigentlich

INVESTIEREN?

Mit dem Wort „Investition" verbindet sich für uns zunächst die Vorstellung von der Errichtung neuer Betriebe, von einer Erhöhung der Produktion mit Hilfe von erweiterten und verbesserten Betriebsanlagen. Es sind also Tatbestände der Wirtschaft, die der Begriff Investition vor unserem geistigen Auge auftauchen läßt. Sie treten als Problem besonders dann in Erscheinung, wenn in unserer Wirtschaft starke Wachstumskräfte am Werk sind. Je stärker und je allgemeiner diese Wachstumskräfte sind, desto größer wird der Investitionshunger. Wir dürfen ihn deshalb als ein durchaus positives Kennzeichen einer zukunftsträchtigen Entwicklung bewerten; freilich unter der wesentlichen Voraussetzung, daß wir diesen Investitionsbedarf auf normale Weise ausreichend zu befriedigen vermögen.

Der Wiederaufbau der zerstörten, heruntergewirtschafteten und technisch weithin rückständig gewordenen Betriebe erzeugte einen gewaltigen Investitionshunger, der auch heute noch nicht vollständig gestillt ist. Dem stand aber eine sehr eingeschränkte Möglichkeit der Neubildung von Kapital gegenüber. Investitionen aber kosten Geld.

Es ist aber nicht nur die Wirtschaft mit all ihren Zweigen und Sparten, die investiert. Investieren heißt ja, ganz allgemein ausgedrückt: sich ausrüsten für die Behauptung im Lebenskampf. Verstehen wir den Begriff in diesem erweiterten Sinn, dann sehen wir, daß auch der Staat, die Länder und die Gemeinden, daß aber nicht zuletzt auch wir selbst in unserem privaten, familiären Bereich stark ausrüstungsbedürftig sind. Versuchen wir uns das einmal klarzumachen.

Wenn wir unsere Kinder für einen Beruf ausbilden, so rüsten wir sie in diesem Sinn für den Lebenskampf aus, wir investieren. Wer ist nun mit diesem „wir" gemeint? Das sind zunächst und in erster Linie die Eltern, die hier zu investieren haben. Es ist aber auch der Staat, und es sind die Gemeinden, die sich mit der Errichtung und Unterhaltung von Schulen aller Art an der Ausrüstung unserer Kinder für die Berufs- und Arbeitsreife beteiligen. Schließlich übernimmt auch die Wirtschaft ihren Anteil an dieser Investition, indem sie Lehrstellen bereitstellt und Lehrwerkstätten errichtet. Aber hätten alle die Anstrengungen, die so für die Ausbildung unserer Jugend gemacht werden, einen Sinn, wenn für den ausgebildeten jungen Menschen nicht ein guter, d. h. nicht zuletzt ein gut ausgerüsteter Arbeitsplatz bereitstünde?

Wir können diesem Beispiel entnehmen, daß die Wirtschaft bei ihrem Wettlauf um Investitionsmittel mächtige Konkurrenten hat. Die Wettbewerbslage wird aber noch verschärft dadurch, daß unsere Ausrüstung für den Lebenskampf heute in allen Bereichen immer kostspieliger wird. Der Arbeitsplatz in der Schusterwerkstatt des Hans Sachs zum Beispiel wäre schwerlich mehr als 200 DM wert, in heutigem Geldwert ausgedrückt. Ein Arbeitsplatz in einer automatisierten Schuhfabrik aber erfordert heute schätzungsweise 10000 bis 15000 DM. Das bedeutet, daß unser Ausrüstungsbedarf von allen Seiten in einem Tempo wächst, mit dem die Steigerung der Mittel zur Deckung dieses Bedarfs nicht Schritt halten kann. Ist es bei dieser Sachlage nun nicht ein Gebot des gesunden Menschenverstandes, die knappen Investitionsmittel nicht zu verzetteln, sondern sie dorthin zu lenken, wo sie den größten Nutzen für das Ganze versprechen?

Nur über eine ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Investitionsmitteln können wir allmählich auch den Spielraum für eine bessere Durchblutung des gesamten volkswirtschaftlichen Bereiches erweitern. Auf die Vermehrung der Investitionsmittel, auf Kapitalbildung also, kommt es nach wie vor an.

In den ersten Nachkriegsjahren, auch noch nach der Währungsreform, waren diese Einsichten zweifellos verbreiteter und wirksamer als heute. Es war völlig klar, daß wir mit der kriegszerstörten, veralteten, durch Demontagen amputierten Arbeitsausrüstung nicht mehr hochkommen konnten. Sowohl der Staat als auch die Gewerkschaften und die Verbraucher haben in dieser Periode des Wiederaufbaues viel Verständnis für die vordringliche Erneuerung unseres Produktionsapparates bewiesen. Die Unternehmungen haben die Chance, die ihnen damit gegeben war, im allgemeinen sinnvoll genützt. Daß das Erreichte aber nicht zu Lasten der öffentlichen Finanzen ging, bewiesen die ständig steigenden Steuereinnahmen. Daß es aber auch nicht zu Lasten der Arbeitnehmer ging, das geht sowohl aus der Schaffung von Millionen von neuen Arbeitsplätzen wie aus dem steigenden Lebensstandard hervor.

Wenn wir die hinter uns liegenden Investitionsleistungen richtig beurteilen wollen, müssen wir folgendes bedenken: Was wir seit Kriegsende in die teils zerstörten, teils abgewirtschafteten Betriebe hineingesteckt haben, mußte trotz der Investitionshilfe, die man der Grundstoffindustrie gewährte, mühsam zusammengekratzt werden. Wir haben bis heute nicht aus dem Vollen schöpfen können, wir mußten uns hinaufsparen.

Die knappen Investitionsmittel mußten auch im Unternehmen zu den wichtigsten Schwerpunkten gelenkt werden. Dort entstanden nun Produktionsanlagen von imponierender Größe und Leistungsfähigkeit, die, für sich betrachtet, zu der Ansicht verführen könnten, das Kapital sei in Hülle und Fülle zur Verfügung. Man übersieht dabei leicht die „unterentwickelten Gebiete" — auch in den Betrieben —, die der befruchtende Strom der Investition bisher noch nicht erreicht hat.

Beim Wiederaufbau genügte nicht die Wiederherstellung des vorherigen Standes. Die Technik war inzwischen vorgeschritten. Sie war uns — mit internationalen Maßstäben gemessen — auf vielen Gebieten davongelaufen. Hinzu kam noch, daß ein Betrieb, der auf die Höhe der technischen Entwicklung gebracht werden sollte, eine viel größere Portion an Kapital als vor 20 Jahren schluckte. Diesem viel höheren Kapitalbedarf stand eine viel schmälere Kapitaldecke gegenüber. Bei dieser Sachlage blieb und bleibt für unsere Zeit gar kein anderer Weg zur Schaffung von Investitionsmitteln als der, sie so weit als möglich selbst zu erwirtschaften. Das ist die harte Wirklichkeit.

Es wäre aber ein gefährlicher Irrtum zu glauben, diese einmalige Gewaltanstrengung beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft gewährleiste heute schon unsere soziale Sicherheit. Scheint nicht so ein moderner Industriegigant von Stahl und Beton für eine halbe Ewigkeit gebaut zu sein? Ist er nicht robust genug, um Operationen und Experimente zu überstehen, kann man ihn nicht ruhig einmal hungern lassen wie ein Kamel in der Wüste?

Nun, in der Seemannssprache gibt es den Begriff des „Seelenverkäufers"; das ist ein Schiff, das bis hart an die Grenze der Seetüchtigkeit heruntergewirtschaftet wurde, weil es an der nötigen Pflege, Überholung und Erneuerung zur rechten Zeit gefehlt hat. Auch ein Industriebetrieb kann in diesem Sinn zum „Seelenverkäufer" werden, wenn es auch bei ihm zwar nicht ums nackte Leben, wohl aber um die Existenz seiner Mitarbeiter geht. Man kann sogar die These aufstellen, jeder Industriebetrieb, der ja altert wie jedes Menschenwerk, bewege sich stets in der Richtung auf den Tiefpunkt seines sozialen Wertes zu. Der soziale Wert eines Betriebes, der sich heute in der Tragkraft, in der Sicherheit seiner Arbeitsplätze äußert, ist niemals eine stabile, konstante Größe. Er nimmt von Tag zu Tag, von Jahr zu Jahr ab, wenn diesem Schwundprozeß nicht planmäßig entgegengewirkt wird.

Man kann im Bild noch weiter gehen und unsere Existenz in der modernen Industriewelt mit einem Flug über den Ozean vergleichen, der heute sicherer und selbstverständlicher geworden ist als zu Goethes Zeiten eine Reise mit der Postkutsche. Die Sicherheit beruht ebenso auf der Zuverlässigkeit der Maschine wie auf dem Können der Besatzung. Sie beruht aber auch darauf, daß sich die Passagiere an die Spielregeln halten. Was würde geschehen, wenn jeder von ihnen versuchen würde, mehr Privatgepäck an Bord zu bringen als zulässig ist? Was wäre von einem Mann zu halten, der zum Ausgleich vorschlüge, man möge mit halbgefüllten Brennstofftanks auf die Reise gehen und die Motoren entsprechend drosseln?

Es ist also zweifellos ein eminent wichtiges soziales Anliegen, die Tragfähigkeit der Arbeitsplätze eines Unternehmens durch Investitionen abzusichern und nach Möglichkeit zu erhöhen.

Wird aber dadurch nicht der Aktionär mit seinem Anteil am Eigentum des Unternehmens einseitig begünstigt? Wir wollen dieser Frage nicht ausweichen, wenn sie hier auch nicht erschöpfend erörtert werden kann. Gewiß wächst dem Aktionär durch erfolgreiche Investition ein Vermögenswert zu, der im steigenden Marktwert seiner Aktien seinen Ausdruck finden kann. Wir müssen aber hier ein kluges Wort Benjamin Franklins bedenken, der sagt, es komme beim Reichtum weniger darauf an, wer ihn besitze, sondern darauf, wem er nütze. Daß der besser ausgerüstete Arbeitsplatz demjenigen vor allem nützt, der seine Existenz darauf aufbaut, das ist doch wohl einleuchtend. Niemand von uns hat Lust, sein Schicksal einem „Seelenverkäufer" anzuvertrauen.

getreten, während ähnliche Abmachungen mit den Eisenbahnen vor dem Abschluß stünden, wovon natürlich auch der Frachtmarkt berührt werden dürfte. Die amerikanische Fachpresse berichtete, daß auch andere Gewerbezweige bald nachfolgen würden.

Gefährliche Schraube

Direktor Butschkau meinte, daß die Vorgänge in der amerikanischen Stahlindustrie ein klassisches Beispiel lieferten für die bekannte Drehung jener Schraube, die einmal von den Preisen auf die Löhne und zum anderen Mal in umgekehrter Richtung erfolge. Man könne sich vorstellen, daß die Auswirkungen eines an Kaufkraft verlierenden Dollars auf die Weltwährungssysteme eintreten könnten, die weit über die Bedeutung einer bestimmten Industrie, wie etwa der Stahlindustrie, hinausgingen.

Die amerikanische Zeitschrift „US-News" habe in einer ihrer letzten Ausgaben eine Statistik der Drehungen dieser Schraube gebracht, die überaus aufschlußreich sei:

I. 1946/47
Löhne + 34,5 Cents
Preise + 14,94 Dollar pro Tonne Rohstahl
Kaufkraft des Dollars ./. 13,4%

II. 1948/52
Löhne + 49 Cents
Preise + 23,30 Dollar pro Tonne
Kaufkraft des Dollars ./. 5,8%

III. 1953/55
Löhne + 38,4 Cents
Preise + 15,96 Dollar pro Tonne
Kaufkraft des Dollars ./. 1%

IV. 1956/58 — Streik —
Löhne + 66,9 Cents
Preise + 20,42 Dollar pro Tonne
Kaufkraft des Dollars ./. 3%

V. 1959/60/61
Löhne + 41 Cents

Die Hintergründe des amerikanischen Stahlarbeiterstreiks, bei dem wie immer politische Einflüsse auf beiden Seiten eine große Rolle gespielt hätten, seien außergewöhnlich interessant. Bei der publizistischen Form der Behandlung solcher Probleme in den USA träte das ganze damit verbundene Dilemma jedermann klar vor Augen. Man könne deshalb die Siegesfeiern, die nach Beendigung der Streiksituation im Lager der Stahlarbeitergewerkschaft gefeiert worden seien, nicht recht verstehen, denn schließlich sei die ganze Sache nichts als ein Pyrrhussieg. Von großer Wichtigkeit wäre gewesen, daß sich schließlich Präsident Eisenhower eingeschaltet habe, um eine Einigung zu erreichen.

Von tiefem Ernst sei auch die große Staatsbotschaft, die der Präsident am 7. Januar dieses Jahres an den Kongreß richtete. In dieser Rede, so gab Butschkau zu verstehen, habe Eisenhower seine Regierungspolitik noch einmal zusammengefaßt, wobei man unter den wichtigsten Postulaten der Innenpolitik die Notwendigkeit herausgehoben fände, „die öffentlichen Interessen vor den Wirkungen eines längeren Streiks zu beschützen" und zweitens „der ständigen Drohung einer Inflation zu begegnen".

Stabilität der Preise

Direktor Butschkau verlas alsdann vor der Hauptversammlung einige die wirtschaftliche Situation betreffende Sätze aus der Rede Eisenhowers:

„Wir sind alle erleichtert, daß sich nunmehr in jener Industrie (der Stahlindustrie) eine Einigung gefunden hat. Prozentweise ist durch diese Einigung die Kostensteigerung für die Unternehmen niedriger als in jeder früheren Lohnregelung seit dem Ende des zweiten Weltkrieges." (Prozentweise niedriger, weil natürlich die Ausgangsziffer heute höher lag.)

„Es ist beruhigend zu hören, daß die größten Stahlunternehmen angekündigt haben, trotz der Lohn- und Lastensteigerungen diesmal keine Preiserhöhung (!) eintreten zu lassen".

„Das nationale Interesse verlangt, daß sowohl Unternehmer wie Arbeitnehmer jede mögliche Anstrengung machen, den Arbeitseinsatz und die Produktivität in der Stahlerzeugung zu steigern, so daß Preiserhöhungen vermieden werden..."

„Ich halte laufende Unterhaltungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitervertretern für nötig, um im Interesse der Allgemeinheit zuerst zu berücksichtigen

die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens
die Preisstabilität
die Zunahme von Investitionen
das Wachstum der Volkswirtschaft."

In seinem Appell, jede Kaufkraftverschlechterung zu vermeiden, habe Präsident Eisenhower weiter gesagt:

„Die ständige Steigerung der Kosten und Preise zu verhindern, erfordert die feste Disziplin jeden Staatsbürgers. Keine Person, kein Staat, keine organisierte Gruppe ist berechtigt, sich der Verpflichtung zu entziehen, sich der Geldentwertung zu widersetzen..."

„Wir müssen die Geldaufweichung bekämpfen wie ein Feuer, das unser Heim bedroht. Nur indem wir das tun, können

Fortsetzung Seite 26

Wissenschaftliche Corporation Archive



In dieser Ausgabe ist sehr viel die Rede von Zahlen, statistischen Werten und technischen Leistungen. Damit wollen wir unseren Mitarbeitern einen Eindruck vermitteln vom derzeitigen wirtschaftlichen Stand unseres Werkes. Über allen Zahlen und Überlegungen aber steht schließlich der schaffende Mensch. Um ihn, der durch seinen Fleiß und seine Arbeit die Position des Werkes wesentlich mitbestimmt, geht es letztlich immer. Jeder von uns, wo er auch immer arbeitet, hat seinen Anteil an der Entwicklung unserer Gesellschaft. Er dient damit sich selbst und darüber hinaus der gesamten Volkswirtschaft. In Anbetracht dieser Überzeugung sind auch die Zahlenkolonnen der auf den nächsten Seiten veröffentlichten Bilanz ein Spiegelbild des Wirkens aller mit dem Werk verbundenen Menschen, ganz gleich ob Arbeiter, Angestellte, Wissenschaftler oder Techniker.

thyssenkrupp Corporate Archives

UNSERE BILANZ





Zwei Hochofen-Anlagen mit insgesamt neun Öfen, ein Thomas-Stahlwerk, zwei Siemens-Martin-Stahlwerke, ein Rotor-Stahlwerk, zwei Block-Walzwerke, eine Halbzeugstraße, eine schwere Profilstraße, ein Stabstahl-Walzwerk, eine Feineisenstraße, ein Draht-Walzwerk, eine Radsatzschmiede, zwei Grobblech-Walzwerke, ein Mittelblechwalzwerk, ein Feinblechwalzwerk, ein Preßwerk und eine Zement- und Hüttensteinfabrik in Oberhausen sowie das Drahtwerk in Gelsenkirchen bilden die Grundlage der Werksanlagen.

Hierbei handelt es sich um vorübergehend angelegte flüssige Mittel, die für Investitionszahlungen vorgesehen sind.

Zu den wesentlichen Beteiligungen gehören die Bergbau-Aktiengesellschaft Neue Hoffnung, Oberhausen, und die Hansa-Rohstoffverwertung GmbH., Düsseldorf; sie dienen namentlich unserer Rohstoffversorgung.
Am 16. Dezember 1959 wurde die Umwandlung der Bergbau-Aktiengesellschaft Neue Hoffnung auf unsere Gesellschaft beschlossen, wodurch die Wiedervereinigung von Kohle und Stahl im Oberhausener Bereich abgeschlossen ist.

Seit der Währungsreform erhöhten sich die Vorräte (einschl. Anzahlungen) im Zusammenhang mit der Ausweitung des Geschäftsumfangs um rd. 80000000 DM. Insgesamt gesehen ist das Umlaufvermögen beträchtlich höher als die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Das Grundkapital erfuhr in 1958/59 keine Veränderung, jedoch wurde in der Hauptversammlung vom 28. Januar 1960 eine Erhöhung von 208000000 DM um 52000000 DM auf 260000000 DM beschlossen.

Die Rücklagen dienen der Stärkung des Eigenkapitals der Gesellschaft und sind teilweise zur Deckung des Gegenwartswerts der Vermögensabgabe von 68000000 DM bestimmt.

Diese Posten stellen Berichtigungen zu den Sachanlagen und zum Umlaufvermögen dar.

Hierin sind hauptsächlich Pensionsrückstellungen in Höhe von 88000000 DM enthalten.

Diese langfristigen Investitionskredite werden mit unterschiedlichen Jahresraten laufend bis 1981 getilgt.

Der Posten enthält vor allem Warenschulden, erhaltene Anzahlungen sowie am Bilanzstichtag noch nicht fällige Steuern, Personalaufwendungen, Zinsen usw.

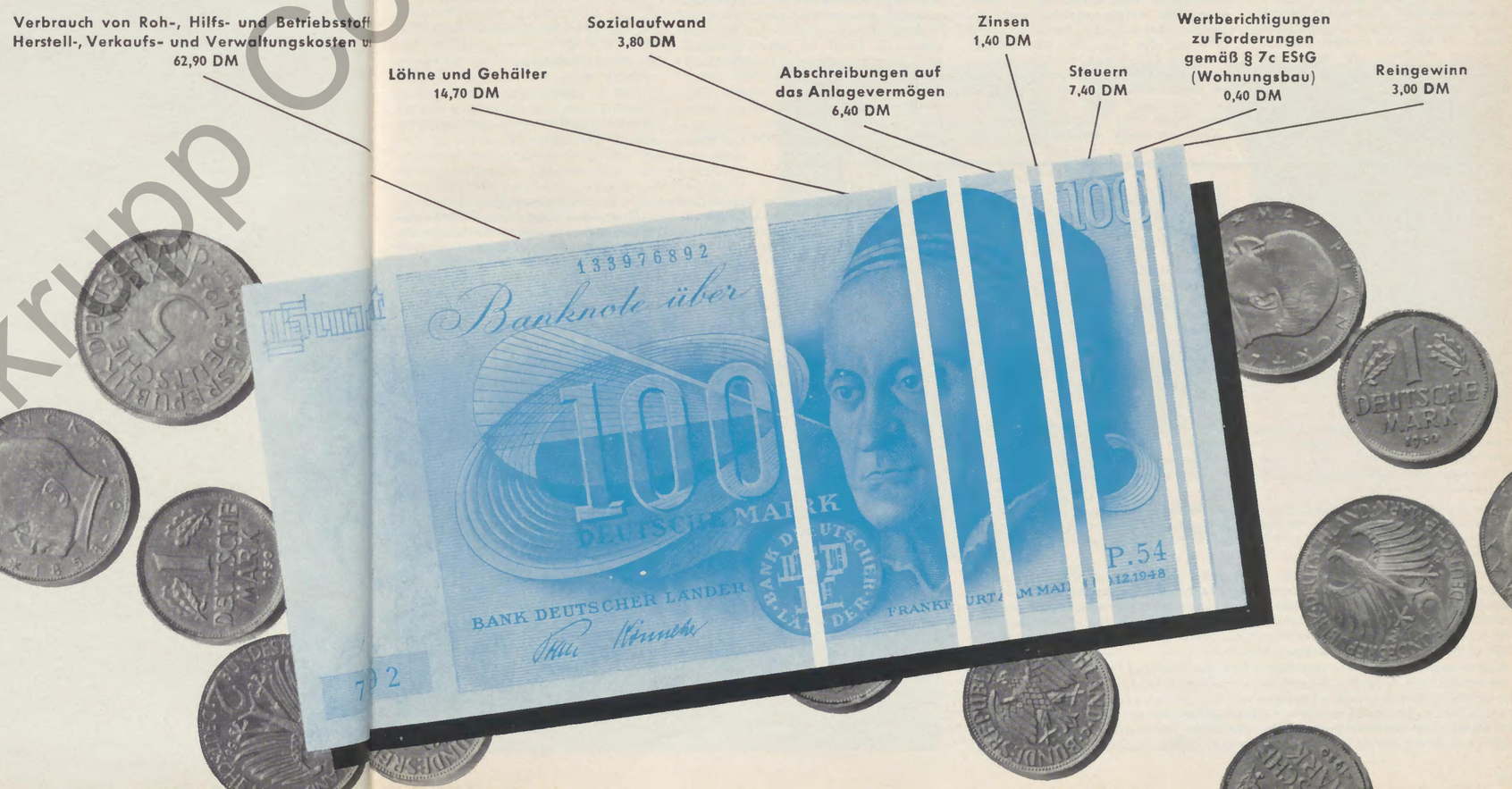
Hieraus wird die Dividende in Höhe von 10% auf das Grundkapital gezahlt.

Für Investitionen (Sachanlagen) wurden seit der Währungsreform bis zum 30. Sept. 1959 rd. 560000000 DM investiert.

Der Umsatz des Berichtsjahres betrug 709000000 DM.

Am 30. Sept. 1959 beschäftigte das Werk 14580 Belegschaftsmitglieder.

Wir sind uns darüber einig, daß die Besprechung des Jahresabschlusses in ausführlicher Form für einen bilanztechnisch wenig versierten Leser recht schwierig sein mag. Ähnlich wie die oben in vereinfachter Form abgedruckte Bilanz haben wir daher versucht, auch die Gewinn- und Verlustrechnung, aus der die im Laufe des Jahres angefallenen Aufwendungen und Erträge zu ersehen sind, auf einen einfachen Nenner zu bringen. Deshalb haben wir diesmal nicht mit Millionen gerechnet, sondern zeigen im Bild, wie jeder Hundertmarkschein, den die HOAG bei der Bezahlung der Warenforderungen von den Kunden erhielt, verwendet wurde:



thyssenkrupp Corporate Archives

wir unser Volk davor schützen, daß seine Sparguthaben, Pensionen und Versicherungsforderungen zerstört und die Axt an die Wurzel einer freien, gesunden Wirtschaft und unserer nationalen Sicherheit gelegt wird!"
„Das sind", so unterstrich Butschkau, „goldene Worte, tiefernst in ihrem Inhalt." Auch wir befänden uns z. Z. in einer kritischen Phase unserer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und sollten, so mahnte er, aus den Vorgängen in den USA die Lehre ziehen, daß die Preisstabilität als wesentliches Kennzeichen des Geldwertes vorrangig sei gegenüber den anderen, wünschbaren Zielen einzelner Gruppen, wenn wir uns innere Ruhe und ein gesundes Wirtschaftswachstum auch in Zukunft sichern wollten. Der Redner erinnerte daran, daß kürzlich aus berufenem Munde gesagt worden sei, die soziale Marktwirtschaft habe nichts gemein mit jenem Liberalismus, der der Vorstellung huldigt, „daß es nur marktgerecht wäre, wenn jeder die Gunst des Augenblicks bis zur Neige ausschöpfen darf oder womöglich sogar soll". Es sei erforderlich, dabei nicht an Symptomen zu kurieren, sondern die Wurzel der monetären Übernachfrage zu packen.

Ernster Appell: Maß halten

Butschkau richtete diesen Appell in erster Linie an die Notenbank, die Regierung und die organisierten Kräfte der Wirtschaft, aber auch an die Gewerkschaften. Gewiß lägen die Unternehmen ebenso wie die Gewerkschaften im Markt. Dieser Markt werde bestimmt durch konjunkturelle und geldpolitische Fakten. Wenn nun die Unternehmer meinten, man könne nichts Unmögliches von ihnen verlangen — daß sie also die Preise heruntersetzten oder eine Heraufsetzung unterließen, wenn eine überschäumende Nachfrage an ihre Lager brande —, so sollte man ihnen doch die Verantwortung für das Wohlergehen der Gesamtheit nahelegen, Maß zu halten und eine skrupellose Ausnutzung der Marktmöglichkeiten zu unterlassen. Andererseits wandte er sich an die Gewerkschaften: Wenn die Arbeiter und Angestellten und ihre Interessenvertreter sich auf die Situation an ihren Märkten beriefen, wenn sie in Kenntnis der Gewinn- und Verlustrechnung, des technischen Fortschritts und der zunehmenden Produktivität ihrer Betriebe sowie ein Wissen um die Bedeutung ihrer Arbeitskraft meinten, in ihren nominellen Forderungen bis zu maximalen Grenzen gehen zu können, so sei auch ihnen die Rücksicht auf die Allgemeinheit nahezubringen.

Gegen Gruppenegoismus

Zusammenfassend: „Wir sind in Deutschland in gewisser Weise auf einem Grenzposten, wo eher als sonstwo Disziplin, Mäßigung, Klugheit, vor allem aber Härte in der Durchsetzung des einmal in Fragen des Gemeinwohls für richtig Erkannten und nicht Gruppenegoismus aller Art angebracht sind!" Wenn man sich des Unterschiedes von Worten und Taten diesseits und jenseits des Ozeans bewußt werde, so könne man sich in trüben Stunden fragen, wie es möglich sei, daß unser Verstand zwar ausreiche, den Mond von hinten zu fotografieren, daß unsere Leidenschaft es uns offenbar jedoch verhindere, etwas zu schaffen, was wirklich nur ein Geschöpf des Menschen sei und keiner exogenen Gesetzlichkeit unterliege, nämlich ein unbezweifelbar stabiles Geld.
Solche Worte, meinte der Aufsichtsratsvorsitzende, sollten auch auf einer Aktionärs-Hauptversammlung nicht ungehört bleiben. Man tue gut daran, wenn man sich gelegentlich einmal die Fundamente besehe, auf denen unser gemeinsames Haus stehe.

„Kleine Opposition"

Damit beendete Direktor Butschkau seine Rede. Es schloß sich an eine Aussprache. Umstrittener Punkt war die Kapitalerhöhung. Dabei ging es um den vorgesehenen Bezugskurs von 160 Prozent. Zwei Aktionäre forderten einen Bezugskurs von 120 Prozent. Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau meinte hierzu, der Beifall habe gezeigt, daß sicherlich nicht nur die Kleinaktionäre, sondern auch der Großaktionär sowohl mit einer Erhöhung der Dividende als auch mit einer erheblichen Senkung des Bezugskurses einverstanden sein würden. Rein formell aber sei der Vorschlag schon deswegen abzulehnen, weil ein solcher Antrag laut Paragraph 108 des Aktiengesetzes mindestens eine Woche vor der HV hätte angemeldet werden müssen. Davon abgesehen aber seien 160 Prozent im Hinblick auf die Lage am Kapitalmarkt — auch auf das Niveau des Börsenkurses bezogen — sowie im Vergleich zu anderen Kapitalerhöhungen der jüngsten Zeit ein anständiger Kurs. Bei der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt „Kapitalerhöhung" wandten sich 2,22 Mill. DM — das war gut ein Prozent des anwesenden Kapitals von 180 Mill. DM — gegen den Vorschlag der Verwaltung.

Zum Wohle des Werkes

Opposition gab es noch zu Punkt 6 der Tagesordnung, als es darum ging, hinsichtlich der Erweiterung des Aufsichtsrates die entsprechende Satzungsänderung durchzuführen. Kritik wurde laut gegen die vorgeschlagene Erweiterung des Aufsichtsrates auf zunächst 21, später 15 Mitglieder. Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau erklärte hierzu, er verrate kein Geheimnis, wenn er sage, daß es der Anteilseignerseite wahrscheinlich gar nicht so unlieb gewesen wäre, wenn es bei nur elf Mitgliedern geblieben wäre. Der entscheidende Punkt sei jedoch gewesen, auch die Arbeitnehmerseite des Bergbaus in angemessener Weise in dem neuen Aufsichtsrat vertreten zu wissen. Eine Erweiterung des Aufsichtsrats sei daher nicht zu umgehen gewesen.
Bevor Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau mit Schluß der Tagesordnung die Hauptversammlung beendete, sprach Dr. Franz Haniel im Namen aller Aktionäre herzliche Dankesworte an Aufsichtsrat, Vorstand und alle Werksangehörigen aus. Die Verschmelzung von Hütte und Bergbau sei nun vollzogen, wohl jeder sei froh darüber, nicht nur weil sich damit etwas Altes und Bewährtes wieder verwirkliche, sondern die Vereinigung werde sich als wirtschaftlich von Nutzen auswirken und für das gesamte Unternehmen zum Wohle sein.

Zu einem besonderen Punkt der Tagesordnung hatte die Hauptversammlung vorher in getrennter Abstimmung dem Vorstand und dem Aufsichtsrat jeweils einstimmig Entlastung für das Geschäftsjahr 1958/59 erteilt.

Aufsichtsrat wurde erweitert

Den Vorschlägen entsprechend wurden auf der Anteilseignerseite in den Aufsichtsrat hinzugewählt:
Hans Classen, Bonn,
Wolfgang Curtius, Krefeld,
Wilhelm Melcher, Büderich bei Düsseldorf,
Dr. Hans Pahl, Hösel,
Dr. Otto Wiskott, Deutsch-Evern bei Lüneburg.

Was die Wahlvorschläge für die Vertreter der Arbeitnehmer betrifft, so ist wichtig zu wissen, daß diese Vorschläge entsprechend dem Mitbestimmungsgesetz zustande gekommen sind. Dies bedeutet, daß die Hauptversammlung nach Paragraph 6 des „Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951" an die Vorschläge gebunden war.

Hinzugewählt wurden als Vertreter der Arbeitnehmer des Unternehmens die Bergleute
Heinrich Borns, Oberhausen,
Hans Schmitz, Oberhausen,
und als von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaft vorgeschlagen
Johannes Ernst, Aachen.
Eberhard Kadow, Neukirchen,
Rolf Spaethen, Hamburg,

Warum Bilanzprüfung?

In der Hauptversammlung gab Aufsichtsratsvorsitzender Butschkau bekannt, daß der Jahresabschluß des Geschäftsjahres 1958/59 am 30. November vorigen Jahres mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Kontinentalen Treuhandgesellschaft versehen worden ist. Der Bericht des Vorstandes und das Rechnungswerk, so teilte er weiter mit, habe am 7. Dezember der Prüfung des Aufsichtsrates unterlegen, der einstimmig die Billigung ausgesprochen habe. „Danach ist", so faßte der Aufsichtsratsvorsitzende zusammen, „der Jahresabschluß gemäß Paragraph 125 Abs. 3 Aktiengesetz festgestellt."

Diese Worte sind keineswegs Rhetorik, sondern haben juristisch einen ganz bestimmten Sinn. Für Aktiengesellschaften sieht nämlich § 135 Aktiengesetz eine Pflichtprüfung durch folgende Vorschriften vor:

„(1) Der Jahresabschluß ist unter Einbeziehung der Buchführung und des Geschäftsberichtes, soweit er den Jahresabschluß erläutert, durch einen oder mehrere sachverständige Prüfer (Abschlußprüfer) zu prüfen, bevor er dem Aufsichtsrat vorgelegt wird. Hat keine Prüfung stattgefunden, so kann der Jahresabschluß nicht festgestellt werden; ein trotzdem festgestellter Jahresabschluß ist nichtig.

(2) Die Abschlußprüfung darf sich nicht darauf beschränken, ob der Jahresabschluß äußerlich sachgemäß aufgestellt ist und mit dem Bestandsverzeichnis und den Geschäftsbüchern übereinstimmt, sondern hat sich auch auf die Bearbeitung der Vorschriften über den Jahresabschluß und den Geschäftsbericht zu erstrecken."

Bilanzprüfer können entsprechend den gesetzlichen Vorschriften nur öffentlich bestellte Wirtschaftsprüfer sein. Sie haben über das Ergebnis ihrer Prüfung an den Aufsichtsrat der Gesellschaft schriftlich zu berichten. Der Jahresabschluß kann nur dann rechtskräftig werden, wenn der Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfer besagt, daß die Buchführung, die Bilanz und der Geschäftsbericht den gesetzlichen Vorschriften entsprechen. Über das Ergebnis der Prüfung ist ein Prüfungsvermerk auszustellen.

Mancher unserer Mitarbeiter wird sich schon gefragt haben, was das eigentlich zu bedeuten hat, wenn in den Wochen nach dem Bilanzstichtag Wirtschaftsprüfer und Prüfungsassistenten in die Hauptverwaltung kommen, um die Buchführung und die sich daraus ergebende Bilanz zu prüfen. Ob es sich nun um Anlage-Investitionen handelt oder Reparaturen, um Einkäufe und Bestandsveränderungen von Rohstoffen, die Produktion und deren Verkauf, um Warenvorräte, den Stand der Forderungen und der Schulden, um Personalkoden, Rückstellungen für Pensionen oder Beträge für Steuern — die Buchführung, deren Resultat die Bilanz und die Erfolgsrechnung ist, hat alle Geschäftsvorgänge aufzuzeigen. Formell haben die Wirtschaftsprüfer zu prüfen, ob die Geschäftsbücher ordnungsgemäß geführt sind, ob der Jahresabschluß mit den Büchern und der Inventur übereinstimmt und ob der Grundsatz der Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit erfüllt ist, wie es die Bestimmungen in §§ 131 und 132 Aktges. verlangen. Dort sind nämlich für die Aufstellung der Bilanz und der Erfolgsrechnung genaue Gliederungsvorschriften gegeben. Es wird dabei angestrebt, der Öffentlichkeit, mit deren Geld ja gewissermaßen die Gesellschaft arbeitet, einen möglichst sicheren Einblick in die Vermögenslage und Ertragsentwicklung des Unternehmens zu geben.

Als Ergebnis unserer Prüfung erteilen wir dem beigefügten Jahresabschluss zum 30. September 1959 gemäss den Anlagen I und II und dem dazugehörigen, dem Berichtsanhang beigefügten Geschäftsbericht, folgenden Bestätigungsvermerk:

"Nach dem abschliessenden Ergebnis unserer pflichtmässigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluss und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluss erläutert, den gesetzlichen Vorschriften."

KONTINENTALE TREUHANDGESELLSCHAFT M.B.H. WIRTSCHAFTS-PRÜFUNGS-GESELLSCHAFT DÜSSELDORF LINDEMANNSTR. 12

Kontinentale Treuhandgesellschaft m.b.H.
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr.h.c.Herbert Rätsch
Wirtschaftsprüfer

U. Denckert
Wirtschaftsprüfer

ThyssenKrupp Corporate Archives

Professor Dr. Fritz Baade, Leiter des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hat in der Vergangenheit schon wiederholt durch aufsehenerregende Veröffentlichungen zur Frage der weltwirtschaftlichen Entwicklung aufmerken lassen. In einem Referat, gehalten auf der Jubiläumstagung des Vereins Deutscher Gießerei-Fachleute stellte er kürzlich das Wachstum der Eisen- und Stahlindustrie der westlichen Welt dem der Sowjetunion gegenüber. Anhand statistischen Zahlenmaterials bewies er, daß die westlichen Stahlerzeugerländer nicht nachlassen dürfen in ihren Anstrengungen um eine stetige Ausweitung der Produktion, wenn sie gegenüber den eminenten Produktionsrekorden des Ostblocks nicht hoffnungslos ins Hintertreffen geraten wollen. Nach wie vor hält Professor Baade den Stahlverbrauch je Kopf der Bevölkerung für einen gültigen Maßstab für den Lebensstandard eines Volkes. Er versucht Wege aufzuzeigen, wie auch in Zukunft der Stahlverbrauch noch weiter gesteigert werden kann. Dabei sieht er in der Hilfe für die sogenannten Entwicklungsländer eine große Aufgabe für die traditionellen Industriestaaten. Ohne dabei auf parteipolitische Argumente einzugehen — Baade ist SPD-Bundestagsabgeordneter — glaubt er nicht an eine Hebung des Stahlgeschäfts durch Rüstungsaufträge. Vielmehr räumt er dem Stahl größere Chancen durch Abrüstung ein. Wenn nämlich, so meint er, nur Bruchteile der von den Staaten für Rüstungszwecke aufgewandten Riesensummen frei würden für den wirtschaftlichen Aufbau in den Entwicklungsländern, brauche uns um die Zukunft der Stahlwirtschaft nicht bange zu sein.



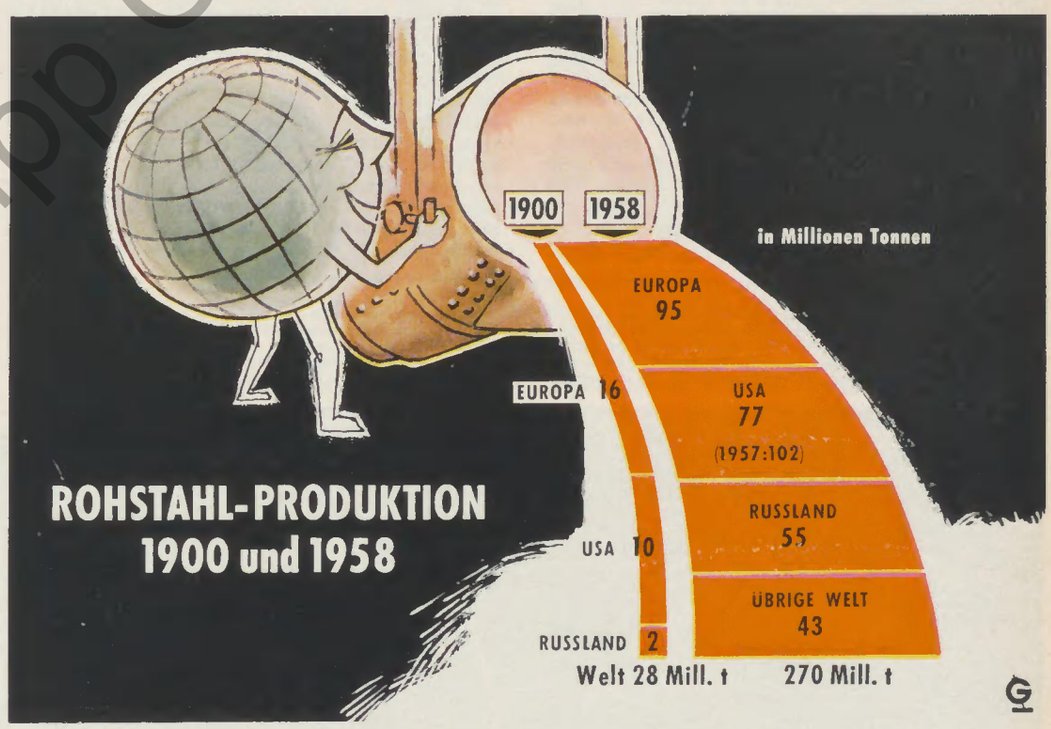
Ein sehr ernster Tatbestand für die Zukunft der westlichen Welt

Welche Entwicklung wird die Eisen- und Stahlwirtschaft bis zum Jahre 2000 durchmachen? — — Um einen Begriff davon zu erhalten, wollen wir den Blick zunächst einmal auf den Anfang unseres Jahrhunderts zurücklenken. Am Anfang unseres Jahrhunderts hatte die ganze Welt eine Stahlproduktion von 28 Mill. t. Von diesen 28 Mill. t wurden 16 Mill. t in Europa, 10 Mill. t in den Vereinigten Staaten von Amerika und 2 Mill. t im zaristischen Rußland produziert: 16 + 10 + 2 Mill. t, das war die Formel der Stahlproduktion der Welt vor fünfzig Jahren!

Ein Vierteljahrhundert später, im Jahre 1925, hatte sich das Bild an einem entscheidenden Punkt geändert. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten ihre Stahlindustrie im ersten Weltkrieg sehr stark ausgebaut und waren vom zweitgrößten zum größten Stahlproduzenten der Erde aufgerückt. Sie produzierten damals 57 Mill. t, Europa 53 Mill. t, also etwas weniger; die Sowjetunion hatte mit einer Produktion von 5 Mill. t die geringe Stahlproduktion des zaristischen Rußlands verdoppelt, war aber immer noch ein bescheidener Produzent. Auch im Jahre 1925 gab es außerhalb Europas, der Vereinigten Staaten von Amerika und Rußlands kaum eine nennenswerte Stahlproduktion. Alle Länder der Welt, die Stahl verbrauchten, mußten den Stahl von diesen Produzenten kaufen.

Wieder ein Vierteljahrhundert später, im Jahre 1950, war die Weltstahlproduktion auf 188 Mill. t gestiegen, also seit 1925 um etwa 50 v. H. Das ist nur eine sehr bescheidene jahresdurchschnittliche Steigerung von weniger als 2 v. H. Aber — nun kommt wieder etwas sehr Ernstes — die Steigerung der Stahlproduktion in der Sowjetunion ging schon in dieser Periode weit über die Steigerung in der westlichen Welt hinaus. Die Vereinigten Staaten von Amerika waren mit 88 Mill. t immer noch der größte Produzent, sie produzierten etwa die Hälfte des Stahls in der Welt. Europa ohne Rußland lag mit 60 Mill. t an zweiter Stelle. Die Sowjetunion aber hatte ihre Stahlproduktion auf 27 Mill. t gesteigert, d. h. auf das Zehnfache der Stahlproduktion des zaristischen Rußlands.

Aber das, was sich in diesem Vierteljahrhundert an Verschiebungen in der Stahlproduktion ergeben hat, wird völlig in den Schatten gestellt durch die Entwicklung der letzten Jahre. In den letzten acht Jahren, von 1950 bis 1958, ist die Weltstahlproduktion stärker gestiegen als in irgendeinem Zeitraum vorher, nämlich von 188 Mill. t auf 260 Mill. t. Diese 260 Mill. t verteilen sich auf die Räume der Welt wie folgt: Die Vereinigten Staaten von Amerika waren noch immer der größte Stahlproduzent der Welt, wenn wir das Jahr 1957 annehmen, wo bei guter Konjunktur 102 Mill. t Stahl produziert wurden. Wenn wir aber das Jahr darauf, das Jahr der Rezession, zugrunde legen, müssen wir feststellen, daß die Stahlproduktion der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1958 nur noch 77 Mill. t betrug und die Länder des kommunistischen Blocks mit ihrer Stahlproduktion die Vereinigten Staaten von Amerika bereits übertroffen haben. Der Anteil der Vereinigten Staaten von Amerika an der Weltstahlproduktion betrug im Jahre 1958 nur etwa 30 v. H. Angesichts des großen Stahlarbeiterstreiks wird das Ergebnis für 1959 nicht viel besser aussehen.



Nun ein weiterer sehr ernster Tatbestand: In den letzten 33 Jahren ist die Stahlproduktion in der westlichen Welt jahresdurchschnittlich um weniger als 2 v. H. gestiegen, in der Sowjetunion dagegen steigt sie jetzt jährlich um 10 v. H. Damit fügt sich das Bild der russischen Stahlproduktion in das Bild ein, das Allen W. Dulles, der Bruder von John Foster Dulles, vor etwa einem halben Jahr im Edison Electric Institute in New Orleans vor amerikanischen Elektroingenieuren von der Industrieproduktion der Sowjetunion gezeichnet hat. Allen W. Dulles ist seit mehr als einem Jahrzehnt Leiter des amerikanischen Geheimdienstes, ihm stehen also Informationen zur Verfügung, wie sie kaum ein anderer besitzt. Er hat den amerikanischen Ingenieuren in New Orleans die bittere Wahrheit gesagt, daß die gesamte Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten von Amerika in den letzten Jahren jahresdurchschnittlich nur um 3,6 v. H. gestiegen ist, wenn man das Jahr der Rezession, 1958, außer Ansatz läßt. Bezieht man dieses Jahr mit ein, so beträgt die Steigerung nur etwas mehr als 2 v. H. Die Russen behaupten, daß ihre Industrieproduktion jährlich um 10 bis 12 v. H. steigt. Auf Grund des Materials, das Allen W. Dulles zur Verfügung steht, hat er diese Zahl etwas nach unten korrigiert und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Industrieproduktion in Rußland jährlich um 9,5 v. H. steigt. Das ist aber das Dreifache der Steigerung in den Vereinigten Staaten von Amerika. Dulles hat seinen Feststellungen noch hinzugefügt, daß der Anteil des Volkseinkommens, der in der Sowjetunion jährlich investiert wird, mit 30 v. H. fast

Krupp Corporate Archives

doppelt so hoch ist wie der Anteil des Volkseinkommens, der in den Vereinigten Staaten von Amerika investiert wird. Schließlich bemerkte Allen W. Dulles, daß die Amerikaner zwar jährlich fünfzigmal so viele Personenautos wie die Russen produzieren, daß aber die Russen viermal so viele Werkzeugmaschinen wie die Amerikaner herstellen.

Wenn wir glauben müßten, daß das alles so bleibt und sich daran nichts ändern ließe, so müßten wir für die Zukunft der westlichen Welt nicht erst für das Jahr 2000, sondern schon für das Zwischenjahr 1975 außerordentlich pessimistisch sein. Wenn wir annehmen müßten, daß die Stahlproduktion in den Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropa nur um 1 bis 1,5 v. H., dagegen in der Sowjetunion um 10 v. H. jährlich steigt — und das tut sie sicherlich noch eine Reihe von Jahren — so brauchen wir nur ein Blatt Papier und einen Bleistift in die Hand zu nehmen, um auszurechnen, wie im Jahre 1975 das Verhältnis sein wird. Der kommunistische Block würde in diesem Falle im Jahre 1975 eine doppelt so große Stahlproduktion haben wie die Vereinigten Staaten von Amerika und Westeuropa zusammen.

Nun glaube ich aber nicht, daß es ganz so schlimm kommen wird, denn das Tempo der Steigerung der Produktion in den Grundstoffindustrien wird sich auch in der Sowjetunion verlangsamen. Wenn es bei 10 v. H. jährlich bliebe, ergäbe sich alle sieben Jahre eine Verdoppelung, d. h. in fünfzehn Jahren eine Steigerung auf das Vierfache. Ich glaube nicht, daß wir mit einer Vervierfachung der Stahlproduktion in Rußland rechnen müssen, aber auf eine Verdreifachung der gegenwärtigen Produktion im Laufe der nächsten fünfzehn Jahre müssen wir uns wohl einstellen, und in China könnte die Steigerung durchaus auf eine Vervierfachung der gegenwärtigen Produktion herauskommen, weil ja China von einem niedrigen Ausgangsniveau ausgeht.

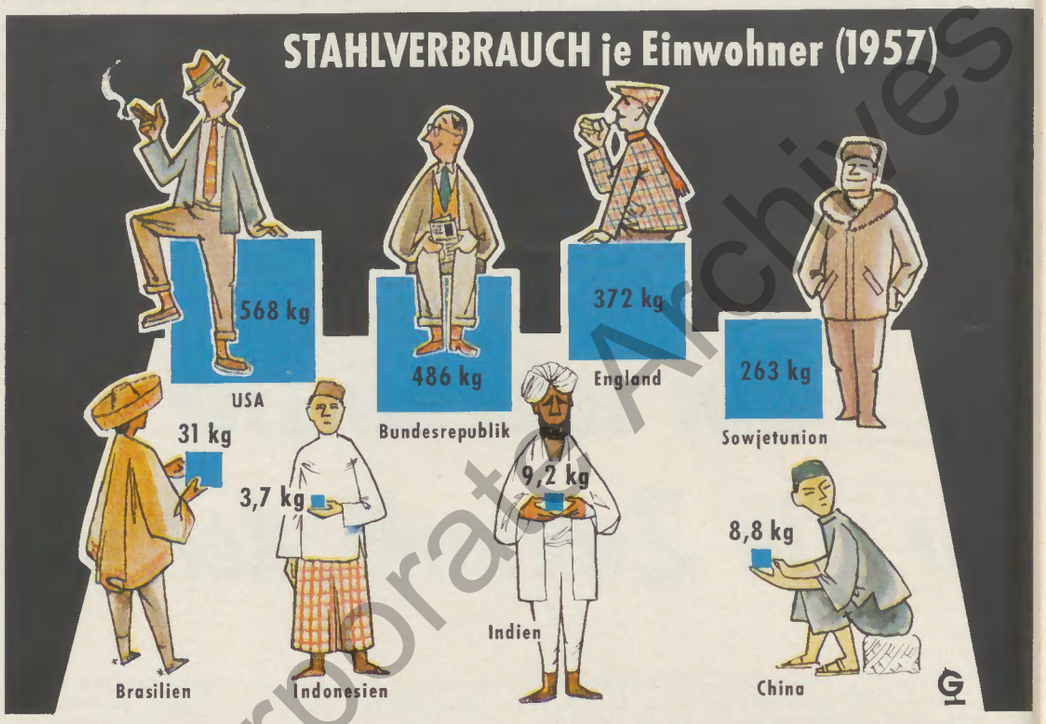
An dieser Tatsache ist wohl nichts zu ändern. Womit sich aber die westliche Welt auf keinen Fall abfinden kann, ist das allzu langsame Wachstum unseres Sozialprodukts, das langsame Wachstum unserer Industrieproduktion und insbesondere das zu langsame Wachstum der Grundstoffindustrien, vor allem auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlwirtschaft. Damit im Jahre 1975 ein auch nur einigermaßen erträgliches Verhältnis zwischen der Industriekapazität der westlichen Welt und der des kommunistischen Blocks erreicht werden kann, müssen wir versuchen, den Zuwachsprozentsatz in unserer Stahlproduktion gegenüber heute zu verdreifachen, d. h. wir müssen ihn von 1,0 bis 1,5 auf 3 bis 4,5 v. H. steigern.

In diesem Falle können wir schätzen, daß die gesamte Stahlproduktion der Welt im Jahre 1975 in der Größenordnung von mehr als 500 Mill. t liegen wird. Von dieser Stahlproduktion der Welt wird fast die Hälfte auf die Länder des kommunistischen Blocks entfallen.

Wenn wir noch weiter vorausschauen, auf das Jahr 2000, so dürfen wir annehmen, daß der Stahlverbrauch je Kopf der Weltbevölkerung dann zwischen 300 und 400 kg liegen wird. Der heutige Zustand, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika je Kopf der Bevölkerung fast 600 kg und in Indonesien nur 3,7 kg Stahl verbraucht werden, wird dann bestimmt überwunden sein. Bei einer Weltbevölkerung von 6,5 Mrd. Menschen würde sich dann ein Stahlverbrauch von mehr als 2 Mrd. t ergeben. Der bei weitem überwiegende Teil nicht nur des Stahlverbrauchs, sondern auch der Stahlproduktion wird dann auf andere Länder als Westeuropa und Nordamerika entfallen. Indien ist ja heute schon im Begriff, sich eine große Stahlindustrie aufzubauen, von China ganz zu schweigen. Damit Westeuropa und Nordamerika auch dann noch wenigstens einen ansehnlichen Teil der Stahlwirtschaft darstellen, müssen wir, wie schon erwähnt, den Zuwachsprozentsatz in unserer Stahlproduktion gegenüber heute verdreifachen.

Vom Standpunkt der Produktion her könnten wir unsere Stahlproduktion durchaus jährlich um 3 bis 4,5 v. H. steigern. Aber kein Mensch in der westlichen Welt wagt das bisher, weil sich jeder sagt: Soviel Stahl können wir nicht verkaufen!

Die Länder des kommunistischen Blocks dagegen verkaufen ihre Stahlproduktion. Sie verkaufen sie im eigenen Bereich. Sie investieren Riesenmengen von



Stahl auf dem Gebiet des Ausbaus des Eisenbahnwesens. Rußland macht heute außerdem in seinem Pipeline-Netz Investitionen in gigantischem Ausmaß, man kann gar kein anderes als dieses etwas berüchtigte Wort dafür verwenden. Das russische Pipeline-Netz ist heute schon hinter dem der Vereinigten Staaten von Amerika das zweitgrößte der Welt. Rußland wird in zwei Jahren mit seinem Röhrennetz auf der einen Seite die Ostsee erreicht haben und auf der anderen Seite tief bis nach Mittelsibirien vorgestoßen sein. Die Russen haben große Bohrungen auf Erdöl und Erdgas durchgeführt, und sie brauchen eine Fülle von Stahl zur Verwirklichung ihres Energieprogramms, bei dem die Kohle zugunsten von Rohöl und Erdgas systematisch zurückgedrängt werden soll. Die Russen wollen zwar ihre Kohleproduktion noch steigern, da aber die Ölproduktion billiger ist und sie alles dafür Erforderliche im eigenen Land haben, wird das Hauptgewicht auf die Steigerung der Produktion von Erdöl gelegt werden, die im Zuge des laufenden Siebenjahresplans verdoppelt werden soll, sowie auf die Erdgaserzeugung, die im Laufe des Siebenjahresplans auf das Fünffache der heutigen Produktion gebracht werden soll. — In den Ländern des kommunistischen Blocks brauchen sich die Leute daher nicht die Köpfe darüber zu zerbrechen, wie sie den Stahl verkaufen sollen, der anfällt, wenn die Produktion noch weiterhin längere Zeit hindurch jährlich um 10 v. H. anwächst.

Auch auf die Frage: „Was können wir in der westlichen Welt angesichts dieser Entwicklung tun?" möchte ich eine Antwort geben, die strikt im Gegensatz zu dem steht, was viele Menschen über den Zusammenhang von Rüstung und Stahlverbrauch bisher gedacht haben. Diejenigen Stahlmengen, die wir in der westlichen Welt verkaufen müßten, wenn wir unsere Produktion um 3 oder 4 v. H. jährlich steigern wollten, können nur bei radikaler Abrüstung verkauft werden. Ich habe mich nicht versprochen: Abrüstung und nicht Aufrüstung ist das wichtigste Mittel für die Steigerung des Stahlverbrauchs. Die Zeit, in der man große Mengen Stahl für Kanonen brauchte, ist ebenso vorbei wie die Zeit, in der man Bronzeguß für Waffen brauchte. Die heutige Rüstung kostet verhältnismäßig wenig Stahl, sie kostet ziemlich viel Aluminium, viele chemische Produkte und sehr viel geistige Energien für die Erfindung neuer Methoden. Der Anspruch der heutigen Rüstungswirtschaft an Stahl aber bleibt weit hinter dem zurück, was eine Weltfriedenswirtschaft an Stahl verbrauchen würde.

Wenn wir es schaffen, die Rüstungen radikal zu vermindern — die Industrienationen im Osten und Westen geben zusammen weit über 100 Mrd. Dollar für Rüstungen aus — und wenn wir von dem ersparten Geld auch nur den fünften Teil für eine erweiterte Investitionshilfe für die Entwicklungsländer der Erde ausgeben, so brauchen wir uns um die Mengen von Stahl, die wir verkaufen können, keine Gedanken mehr zu machen. In den Entwicklungsländern müssen noch viele Eisenbahnen gebaut, noch viele Rohrleitungen gelegt werden, sei es für Erdöl, sei es, insbesondere bei den Bewässerungsprojekten, für Wasser. In den Entwicklungsländern besteht ein gewaltiger Bedarf an Maschinen, um diese Volkswirtschaften aus dem Zustand der bitteren Armut herauszuführen. Diese Länder werden aber die vielen Maschinen und die vielen anderen Stahlprodukte, die sie für ihre Entwicklung dringend brauchen, zunächst weder selbst produzieren noch im vollen Umfange bezahlen können. Die entwickelten Industrieländer der Welt werden ihnen dabei helfen, und zwar in viel stärkerem Maße, als es bisher geschieht.

Eine Hilfe für diese Länder in dem Ausmaß, wie sie nötig wäre, kann praktisch nur aus den sich bei radikaler Abrüstung ergebenden Ersparnissen finanziert werden. Diese aus Rüstungsersparnissen finanzierte erweiterte Investitionshilfe für die Entwicklungsländer würde für die ganze Welt die langfristige Investitionskonjunktur bringen, die wir dringend brauchen, wenn der jährliche Wachstumsprozentsatz der Volkswirtschaft der westlichen Welt auf 5 v. H. oder auf 6 v. H. gesteigert werden soll. Es gibt kein anderes Rezept: Wir können uns die weltwirtschaftliche Bilanz der Hilfe für die Entwicklungsländer durchrechnen, wie wir wollen: Nur wenn wir aufhören, einen so hohen Anteil unseres Sozialprodukts für Rüstungen auszugeben, sind wir stark und wohlhabend genug, um für uns, die westliche Welt, die richtige Position in der Welt von morgen und übermorgen zu schaffen.

Besonders hingewiesen wird im Geschäftsbericht auf die Oberhausener Drahtstraße. Die Produktionsergebnisse dieser Straße zeigen, wie durch Rationalisierungsmaßnahmen alte Anlagen leistungsfähig gestaltet werden können. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln wurde die Produktion der Drahtstraße um fast ein Viertel gesteigert und der Aufwand an Arbeitsstunden je Tonne Erzeugung auf nahezu die Hälfte gesenkt. Heute gilt die aus der Zeit um die Jahrhundertwende stammende Oberhausener Drahtstraße — auch von der Kostenseite her — gegenüber neuerstellten Anlagen dieser Art als durchaus konkurrenzfähig.



Thyssen Krupp Corporate Archives

Bergassessor a. D. Klaus Haniel:

A und O der Unfallverhütung ist der tägliche unermüdliche Kampf aller um die Sicherheit

Wie unser Werk überhaupt, so legt auch unser Bergbau sein ganz besonderes Augenmerk auf die Verhütung von Unfällen. Schon seit mehr als drei Jahrzehnten wird auf allen Schachtanlagen, die früher zur GHH gehörten, planmäßige Unfallverhütungsarbeit geleistet. Und obwohl die Ergebnisse durchaus zufriedenstellend waren – unsere Zechen liegen seit langem sowohl hinsichtlich der meldepflichtigen als auch in bezug auf die rentenpflichtigen Unfälle erheblich unter dem Ruhrdurchschnitt – wird doch immer wieder nach neuen Wegen und Ideen gesucht, um die Unfallzahlen noch weiter zu senken. Das letzte durchgreifende Ereignis auf dem Gebiet der Unfallverhütung im Bergbau war der Grubensicherheitswettbewerb der Kohlenreviere, der sich über acht Monate bis zum 31. Dezember 1959 erstreckte und dessen Sieger kürzlich im Rahmen einer kleinen Feierstunde im großen Saal der Ausbildungswerkstatt der Zeche Sterkrade geehrt wurden.



Den ersten Platz unter den Revieren unserer Schachtanlagen belegte das Revier 11 der Zeche Osterfeld, dessen Steiger Paul Timpenfeld (links) hier die Glückwünsche von Vorstandsmitglied Bergassessor a. D. Klaus Haniel entgegennimmt. In der Mitte: Arbeitsdirektor Walter Wille.

Zu Beginn berichtete Bergwerksdirektor Kock über Zweck, Verlauf und Ergebnisse des Wettbewerbs, der auf den SOS-Gedanken „Sauberkeit – Ordnung – Sicherheit" abgestellt war, d. h. auf die Erkenntnis, daß Sauberkeit und Ordnung die Grundvoraussetzungen für die Sicherheit eines Betriebes sind. Sauberkeit und Ordnung aber seien Dinge, auf die zu achten nicht nur Aufgabe der Betriebsleitung und der Aufsicht sei, sondern die in die Hand eines jeden Bergmanns gelegt wären.

Neben dem SOS-Gedanken wurde, wenn auch in bescheidenem Umfange, das tatsächliche Unfallgeschehen während der Wettbewerbsdauer in die Bewertungsrichtlinien eingebaut, da nun einmal die Unfallziffer – im Bergbau üblicherweise die Zahl der Unfälle je 100 000 verfahrene Schichten – einen bedeutsamen Maßstab für den Wert der Unfallverhütungsarbeit darstellt.

Zur Beurteilung von Sauberkeit und Ordnung wurde jedes Kohlenrevier der Schachtanlagen Osterfeld, Jacobi und Franz Haniel während der Zeit des Wettbewerbs zweimal von besonderen Bewertungskommissionen befahren, deren Vorsitzender und gleichzeitig Unparteiischer in allen Fällen Ausbildungsobersteiger Schmidt gewesen ist. Die anderen Mitglieder der drei Kommissionen waren der jeweils zuständige Sicherheitsbeauftragte und zwei Mitglieder der örtlichen Betriebsvertretung. Die Bewertung von Sicherheit und Ordnung erfolgte nach einem Punktsystem, das für jedes Revier und für jede Befahrung eine Höchstzahl von 240 Punkten vorsah. Die einzelnen Kohlenreviere wurden wiederum in vier Bewertungsabschnitte unterteilt, und zwar in:

1. Ladestelle mit dem dazugehörigen Hauptstreckenabschnitt und den Blindschächten,
2. Kopfstrecke,
3. Streb,
4. Bandstrecke.

Bei den Befahrungen wurde von jedem Mitglied der Bewertungskommission auf Verstöße gegen bergpolizeiliche und betriebliche Sicherheitsvorschriften geachtet. Festgestellte Verstöße wurden stichwortartig notiert und die Ergebnisse an Ort und Stelle erörtert. Anschließend trugen die Mitglieder der Kommission die von ihnen für richtig gehaltene Punktzahl ein. Aus den Einzelbewertungen der Mitglieder wurde das Mittel gebildet, das eine Grundlage für die weitere Bewertung des Reviers darstellte, denn es mußten ja auch die meldepflichtigen Unfälle des einzelnen Reviers in die Bewertung einbezogen werden. Siegrevier sollte das Revier mit der höchsten Revier-Gesamtbewertung, beste Schachtanlage und damit Gewinnerin des Grubensicherheits-Wanderpreises die Schachtanlage mit dem höchsten Durchschnittswert der Revier-Gesamtbewertung sein.

Die Sieger waren einmal die Zeche Franz Haniel und zum anderen das Revier 11 der Zeche Osterfeld, Betriebsabteilung Sterkrade mit Steiger Timpenfeld.

Die Siegerehrung hatte Vorstandsmitglied Bergassessor a. D. Klaus Haniel übernommen, der sich als altes Belegschaftsmitglied der Zeche Franz Haniel besonders über den Sieg „seiner" Zeche freute. Neben Geldpreisen für die besten Reviere wurden 50 weitere Geldpreise in Höhe von 50,– bis 300,– DM zur Verlosung unter den Bergleuten ausgesetzt. Bergwerksdirektor Bergassessor a. D. Weise von der Zeche Franz Haniel nahm zudem aus der Hand von Vorstandsmitglied Klaus Haniel den Grubensicherheits-Wanderpreis entgegen. Dieser Wanderpreis ist keine Silberschale, kein Pokal, keine Bergmanns-Statue, sondern ein Meisterstück aus der Kunstwerkstatt der Natur, eine schillernde Bleiglanz-Erzstufe, die zumindest bis zum Ablauf des nächsten Wettbewerbs in der Steigerstube der Zeche Franz Haniel einen Ehrenplatz einnehmen wird.

In seinen Ausführungen sagte Assessor Haniel, daß mit der Siegerehrung zwar der erste Grubensicherheitswettbewerb zu Ende sei. „Nicht zu Ende dagegen ist unser Kampf um die Verringerung der Unfallzahlen und die Erhöhung der Grubensicherheit", deshalb solle auch in diesem Jahr wieder ein Grubensicherheitswettbewerb durchgeführt werden. Über eines müsse man sich allerdings klar sein: So wertvoll und wichtig die Grubensicherheitswettbewerbe auch seien, sie

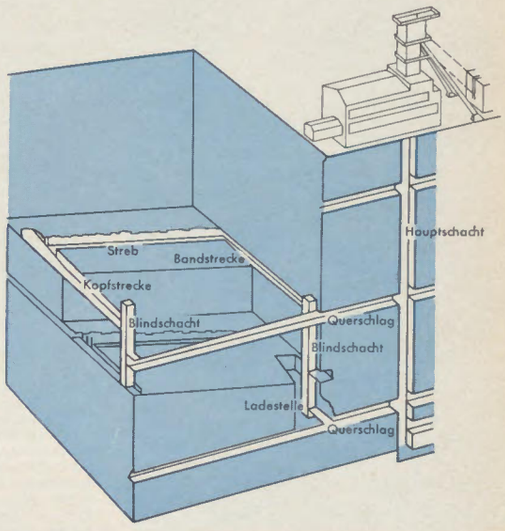


Ein besonders schönes Mineral aus der Grube Pfannenberger-Einigkeit (Neunkirchen/Kreis Siegen) ist der Preis, den die Zeche „Franz Haniel" als Siegerin im Grubensicherheits-Wettbewerb unseres Bergbaus erhielt. Dieser „Bleiglanz mit Schwefelkiesanflügen auf Eisenspat" ist ein Wanderpreis, der dreimal hintereinander gewonnen werden muß, um in den endgültigen Besitz einer Zeche überzugehen. Die Belegschaftsmitglieder von „Franz Haniel" im Vordergrund sind (von links nach rechts) Fritz Schwane, Martin Klep und Rudolf Spörer.

dürften nicht zu der Auffassung verleiten, daß damit schon alles getan sei. Das A und O der Unfallverhütungsarbeit sei und bleibe der tägliche unermüdliche Kampf um die Sicherheit jedes einzelnen Arbeitsplatzes. Dieser Kampf könne nicht allein von den Sicherheitsbeauftragten und ihren Mitarbeitern geführt werden, er müsse vielmehr von allen Bergleuten geführt werden. „Möge jeder, ob Aufsichtsperson, Ortsältester, Hauer oder jüngster Berglehrling, sich seiner Verantwortung für die Grubensicherheit bewußt sein! Dann sind wir auf dem richtigen Weg!"



Neben den Geldprämien, die für die Angehörigen der besten Reviere ausgesetzt waren, wurden während der Siegerehrung im großen Saal der Ausbildungswerkstatt Zeche Sterkrade weitere Geldpreise verlost. Die höchste Prämie des Tages gewann Wilhelm Chwojka (links). Bergwerksdirektor Kock von der Zeche Sterkrade überreicht den Gutschein.



Die Brennpunkte des Grubenbetriebes sind die Reviere. Hier — unten im Schoß der Erde — sollte der Grubensicherheitswettbewerb den Hebel ansetzen. Der Schnitt durch ein Bergwerk zeigt in etwa den Bereich eines Reviers mit der Ladestelle, dem Hauptstreckenabschnitt, den Blindschächten, der Kopfstrecke, dem Streb und der Bandstrecke.

thyssenkrupp Corporate Archives

WAS TUT MAN IN DEUTSCHLAND?

In August, Features Editor RON BARRY visited Oberhausen, an integrated works with the best accident record in Western Germany's steel industry, to look at their safety programme and answer the question

WHAT ARE THEY DOING IN GERMANY?

IN JANUARY 1957, the Chairman of the controlled insurance association which is responsible for industrial injury and sickness compensation and prevention for the West German iron and steel industry sent a personal letter to the management of Oberhausen steelworks—one of the Ruhr—congratulating them on breaking the record of having the lowest accident rate among 65 major West German steelworks in the monthly While their record for that year (the average of 6·7 accidents per thousand employees does not offer comparison with rates in British works, the average steel industry) was 17·3. That was more than justified. The hausen's rate fell to 5·9 and in 19 impressive reduction to 3·9—a standard it managed to maintain during the ensuing years. Indeed, last year their rate represented less than one-third of the average for the German steel industry.

It was this apparent success in the safety field, compared with other German steelworks, which prompted my visit in mid-August in the company of Peter Wykeman, Head of the Federation's Economics Department—a specialist in accident statistics for many years and a fluent German speaker. The short answer to their success story is—as we discovered during our four-day stay—the same as that which explains the best safety records in our own industry. An active interest in accident prevention at top management level and a well-organized and imaginative safety department. But let's take the story in sequence.

Before considering their methods closely, one must first examine the differences between the organization of management in a German steelworks and that at home. Under the post-war co-determination scheme in West Germany, Ober-

Im Sommer vorigen Jahres berichteten wir über den Besuch zweier Engländer, der Herren Ronald Barry und Peter Wykeman von der British Iron and Steel Federation. Die beiden Engländer waren als Vertreter der britischen Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie nach Deutschland gekommen, um sich an Ort und Stelle zu informieren über den Stand der Unfallverhütung in der westdeutschen Hüttenindustrie. Insbesondere wollten sie sich umsehen und Erfahrungen austauschen in dem Werk mit der niedrigsten Unfallziffer. Eine Woche lang wanderten sie durch unsere Betriebe. Mr. Barry, zugleich Redakteur der von der British Iron and Steel Federation herausgegebenen Zeitschrift „Safety" (Sicherheit), beabsichtigte außerdem, in einer Reportage über die in Oberhausen gewonnenen Eindrücke zu berichten. Unter der Schlagzeile „What are they doing in Germany?" (Was tut man in Deutschland?) ist nun dieser Artikel in der letzten Ausgabe der „Safety" erschienen. Es wird sicherlich viele von uns interessieren, wie man jenseits des Kanals unsere Unfallverhütungsarbeit sieht. Wir haben den Bericht deshalb übersetzt. Nachstehend drucken wir nun ab – allerdings etwas gekürzt – was Ron Barry über uns schrieb. Die dazugehörigen Bilder entstammen ebenfalls der Zeitschrift „Safety". Es handelt sich dabei nur um einen Teil der Fotos, mit denen die englische Zeitschrift Ronald Barry's Bericht illustrierte.

Im August besuchte unser Redakteur Ron Barry die HOAG, das Hüttenwerk mit den niedrigsten Unfallzahlen in der Stahlindustrie Westdeutschlands, um einen Einblick in das dortige Arbeitsschutzprogramm zu nehmen und um eine Antwort zu erhalten auf die Frage „Was tut man in Deutschland?"

Seit 1957 hat der Vorstand dieses Hüttenwerkes, das in der nordwestlichen Ecke des Ruhrgebiets liegt, mehrmals ein Anerkennungsschreiben der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft bekommen, weil man die niedrigsten Unfallzahlen von 65 Großbetrieben aufwies. 1957 und 1958 erreichte der Unfallstand der HOAG nur noch ein Drittel des Durchschnitts der Eisen- und Stahlindustrie, was bewies, daß die erwähnte Belobigung mehr als berechtigt war.

Dieser Gegensatz zu anderen Stahlwerken — ein offensichtlicher Erfolg im Arbeitsschutz — veranlaßte mich, in Begleitung von Peter Wykeman, dem Leiter der Betriebswirtschaftlichen Abteilung unserer Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, zu einem Besuch in Oberhausen.

Hinter den Oberhausener Erfolgen fanden wir genau dieselbe Erklärung, die es bei den in der Unfallverhütung erfolgreichsten Unternehmen in unserem Lande gibt: Ein aktives Interesse der Werksleitung am Arbeitsschutz und eine gut organisierte und ideenreiche Arbeitsschutzabteilung. Die HOAG unterliegt der Mitbestimmung. Infolgedessen untersteht der Arbeitsschutz als Teil der betrieblichen Sozialarbeit dem Arbeitsdirektor Karl Strohmenger. Und hier hat das Unternehmen einen guten Griff getan. Dieser Mann ist persönlich stark interessiert und engagiert an der Unfallverhütung. Eine Tatsache, die sich direkt auf die Unfallzahlen des Werkes auswirkt.

An der Spitze der Arbeitsschutzabteilung steht G. Hoppe, ein Mann, der nur zwei Interessen hat: Arbeitssicherheit und Briefmarkensammeln. Unter ihm betreuen drei hauptamtliche Sicherheitsingenieure und jeweils mehrere Arbeitsschutzhelfer die einzelnen Betriebsabteilungen. 16 Leute arbeiten hauptamtlich für die Sicherheit.

Die Abteilung ist im Gegensatz zu ähnlich organisierten englischen Unternehmen nicht in den Betrieben untergebracht, sondern in der Hauptverwaltung zusammengezogen. Jedoch sind die Arbeitsschutzleute Tag für Tag in den Betrieben unterwegs.

Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Untersuchung der Unfälle, die bereits um 6 Uhr morgens beginnt, damit man sich ein Bild über das Unfallgeschehen auch der Nachtschicht machen kann. Jeden Tag wird das Unfallgeschehen besprochen und die Unfallstatistik auf den letzten Stand gebracht. Danach beginnt die „Feldarbeit".

Neben ihren Betriebs-Rundgängen führen die Sicherheitsbeauftragten der HOAG Besprechungen mit Betriebsleitern, Meistern und Assistenten durch und unterhalten sich mit Neulingen, Lehrlingen und auch Werkstudenten über Sicherheitsfragen.

In Deutschland übernimmt die durch Gesetz eingerichtete Berufsgenossenschaft die Kosten und die Verantwortung für Betriebs- und Wegeunfälle. Infolgedessen ist das Unternehmen auch an Verkehrsproblemen und sicheren Zufahrtswegen zum Werk interessiert.

Laut Unfallverhütungsvorschriften müssen in Deutschland in jedem Werk mit 20 Beschäftigten und mehr Unfallvertrauensmänner gestellt werden. Das Hüttenwerk Oberhausen hat deren 200. Um die besondere Bedeutung zu unterstreichen, werden diese Leute von Betriebsleitung, Sicherheitsingenieur und Betriebsrat gemeinsam ausgesucht, ernannt und feierlich verpflichtet. Ein mit weiß-grünen Sicherheitsfarben markierter Helm macht ihre Kollegen auf sie aufmerksam. Der Unfallvertrauensmann beobachtet seinen Arbeitsbereich intensiv auf Unfallgefahren hin und trägt alle Gefahrenstellen in ein Meldebuch ein, das er dem Meister übergibt. Dieser muß jede Eintragung berücksichtigen und hierzu schriftlich Stellung nehmen.

Diese Sache würde von den englischen Arbeitern zweifellos auch begeistert akzeptiert werden. Ob jedoch die Meister in der englischen Stahlindustrie dies in demselben Geiste aufgreifen würden wie



„Tag für Tag", so schrieb „Safety" zu diesem Bild, „sind die Männer der Arbeitsschutzabteilung mit den zuständigen Betriebsleuten im Gespräch". Auf dem von der englischen Zeitschrift veröffentlichten Foto erkennt man links Betriebsleiter Dipl.-Ing. Hinschützer (Blechwalzwerk, Zurichterei), den für WO zuständigen Sicherheitsingenieur Horz und Arbeitsschutzhelfer Franz Prinz. „Safety" versuchte, mit diesem Bild die Besprechung einer Unfallanzeige zu demonstrieren.



Die unseren Mitarbeitern zur Verfügung stehenden arbeitsmedizinischen Einrichtungen und technischen Hilfsmittel finden in dem Bericht von Ronald Barry lobend Erwähnung. Hier lassen sich die beiden Engländer — rechts Ronald Barry, in der Mitte Peter Wykeman — die Arbeitsweise einer Atemschutzmaske mit einem angeschlossenen tragbaren Sauerstoffgerät erklären.

thyssenkrupp Corporate Archives

die Oberhausener Führungskräfte scheint zweifelhaft. Die Erklärung liegt offenbar darin, daß die Oberhausener Meister über Sicherheitsbeanstandungen mit sich reden lassen und die nötige Autorität besitzen, von größeren Änderungen abgesehen, das zu tun, was sicherheitsmäßig notwendig ist. Alles in allem wird die besondere Rolle der Meister und Betriebsassistenten in der alles umfassenden Arbeitsschutzkampagne sichtbar. Junge Ingenieure arbeiten z. B. mehrere Wochen in der Arbeitsschutz-Abteilung, ehe sie ihre Arbeit in den Betrieben aufnehmen. Das dürfte zur Folge haben, daß sie wahrscheinlich weniger dazu verführt werden, Sicherheitsingenieure als störende Wichtigtuer anzusehen, die einfach nicht begreifen wollen, daß das Werk zur Produktion von Stahl und Eisen da ist. Eher noch höhere Anforderungen hinsichtlich der Arbeitssicherheit werden an die Meister gestellt. Sorgfältig ausgesuchte Nachwuchskräfte für Meisterstellen werden bereits ein Jahr vor ihrer Ernennung zusätzlich je einen Tag monatlich arbeitsschutzmäßig geschult. Ein Zeugnis über diese Sonderausbildung wird der Personalabteilung zugestellt. Vor seiner Ernennung hat der künftige Meister schließlich noch eine schriftliche und mündliche Prüfung über Unfallverhütungsprobleme abzulegen. All das schafft einen gesunden Respekt vor den Aufgaben und der Arbeit der Abteilung Arbeitsschutz.

Und die älteren Meister? Die, welche vor der Einführung der erwähnten Sicherheitsprüfung ernannt wurden, treffen sich mit den jüngeren Meistern alle zwei Monate einmal zu sogenannten Meistergesprächen, wobei nicht zuletzt Arbeitsschutzfragen diskutiert werden. Meister und Vorarbeiter werden auch in Erster Hilfe und künstlicher Atmung ausgebildet und müssen an einem einwöchigen speziellen Arbeitsschutzlehrgang an der Schulungsstätte für Arbeitsschutz der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft teilnehmen.

Im Gegensatz zu ihren britischen Kollegen erwartet man von den Meistern der HOAG nicht, Unfallberichte zu verfassen. Wenn ein Unfall vorkommt, füllt der Heilgehilfe vielmehr ein Berichtsformular aus, das die persönlichen Angaben und die Stellungnahme des Verletzten zu der Unfallursache enthält. Eine Kopie geht an die Abteilung Arbeitsschutz, den Betriebsrat und an die Meister in der Abteilung des Verletzten. Der Meister gibt dann seine eigene Beschreibung des Unfalls und übersendet eine Kopie an die Arbeitsschutzabteilung und eine an seinen Betriebsleiter. Spätestens am vierten Tage nach dem Unfall ist er zur Meldung verpflichtet. Er muß auch über die Maßnahmen berichten, die er zur Verhinderung einer Wiederholung des Unfalls ergriffen hat, und diese Meldung ist vom Abteilungsleiter gegenzuzeichnen.

Auffallend ist auch die Bereitschaft der Oberhausener Hüttenarbeiter, Körperschutzmittel, Sicherheitshelme und Arbeitsschutzschuhe zu tragen.

Die Gassicherheit ist ebenfalls gut organisiert. Die Verbands- und Arztstuben des Werkes sind völlig modern eingerichtet, sie verfügen über künstliche Lungen und elektronische Einrichtungen für die Erhaltung und Wiederherstellung des Herzschlags.

Besondere Bemühungen des Arbeitsschutzes erstrecken sich auf die Lehrlinge und neueingestellten Belegschaftsmitglieder. Aber auch die Lokführer und Rangierer erfreuen sich sorgfältiger Betreuung durch die Arbeitsschutzabteilung.



Das hatten die beiden Herren von jenseits des Ärmelkanals noch nicht gesehen, und sicherlich werden sie diese Idee inzwischen weiterempfohlen haben. Es handelt sich um eine Distanzscheibe an Lastentnahmehaken, mit denen Fingerquetschungen verhindert werden. „Ideen werden in Oberhausen gefördert", meinte „Safety" zu diesem Bild.



Jede Kette ist so stark wie ihr schwächstes Glied. — Mit diesem Sprichwort scheint Sicherheitsingenieur Hoppe den beiden Engländern die Zerreißfestigkeit von Kranketten zu erläutern. In seinem Artikel über die in Oberhausen gewonnenen Eindrücke erwähnte Ronald Barry besonders unsere Kranführerschule. Barry selbst riskierte eine Versuchsfahrt, um seinen Lesern in England klarzumachen, mit welch großer Sorgfalt die Oberhausener Kranführer ausgebildet werden.

Förmlich gefesselt hat mich die Kranführerschule des Werkes. Hier werden künftige Kranführer in einem Fünftage-Kursus nach modernsten Methoden ausgebildet. Ich selbst riskierte eine Versuchsfahrt und brauchte 15 Minuten, um die Prüflast durch das erste Hindernis zu bringen; nicht gerade ein Ergebnis, das geeignet war, den Prüfungsleiter zu beeindrucken.

Kann die HOAG nun noch mehr tun als das, was schon bisher getan wird. Abgesehen von sozialen Erwägungen, der Haltung der einzelnen Arbeiter, dem Alter der Anlagen und der Möglichkeit von Einsparungen möchte ich sagen: Nicht allzu viel, denn die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung kann sich sehr wohl als ein begrenzender, sogar hindernder Faktor in der Unfallverhütungstendenz erweisen. Während Unternehmensleitung und Arbeitsschutzabteilung diese Meinung teilen, bemühen sie sich ständig, das Problem dauernd neu anzugehen, um die Unfälle weiter zu senken. Ein Beispiel dafür war das Prämiensystem. Als es keine unfallmindernde Wirkung mehr zeigte, wurde es abgeschafft.

Auf die Bitte, die Arbeitsschutzpolitik des Werkes zusammenzufassen, erklärte mir der Hauptsicherheitsingenieur folgendes: „Die oft betonte soziale Betriebspolitik des Unternehmens besteht darin, daß es kein Geld für ‚soziale' Sondereinrichtungen ausgibt. Wir haben keine Sportplätze, Kindergärten, verbilligte Küchen u. ä. Die Belegschaft jedoch klagt nicht darüber. Man weiß, daß das Geld für gute Löhne, ärztliche Betreuung und einen sicheren Arbeitsplatz ausgegeben wird.

In dieser Hinsicht sind wir immer bereit, neue Methoden zu versuchen und damit zu experimentieren, bis sie angenommen oder abgelehnt werden. Die Vielfalt der Ansätze, meinen wir, ergibt die besten Ergebnisse. Vor allem aber haben wir Glück, daß wir einen Arbeitsdirektor haben, der stark und interessiert genug ist, die Anliegen des Arbeitsschutzes zusammen mit seinen Vorstandskollegen durchzusetzen."



▲ Mit dem Rauch einer brennenden Zigarette erklärte Sicherheitsingenieur Hoppe die Verwendbarkeit dieses Gasspürgerätes. Dieses Gerät wird bei Reparaturarbeiten an Gasleitungen und überall dort, wo Verdacht auf Gas besteht, angewendet. Durch dieses Bild machte die englische Zeitschrift ihre Leser mit dem Gerät bekannt.



Mit diesem Bild zeigte „Safety" der englischen Öffentlichkeit eine in Oberhausen gebräuchliche Schweißschutzbrille, die bei der Arbeit nicht dauernd abgenommen zu werden braucht: In der unteren Brille befindet sich helles Glas, in der oberen das blaue Schutzglas. ▶

thyssenkrupp Corporate Archives

Eine Analyse in nur 60 Sekunden



„Die seit einiger Zeit angewandte spektrooptische Methode für die Analysen bei Roheisen und Rohstahl mittels Quantometer und Quantovac hat die Erwartungen erfüllt." Dieser Satz, der im HOAG-Geschäftsbericht 1958/59 auf Seite 23 zu finden ist, soll besagen, daß die vom Werk vor etwa zwei Jahren in Betrieb genommenen Apparate Quantometer und Quantovac ihre Bewährungsprobe bestanden haben. Von diesen „Wunderautomaten" ist in den Betrieben viel die Rede gewesen, und die Mitarbeiter haben sich oft gefragt: „Was ist eigentlich eine Spektralanalyse?" Die Antwort darauf gibt im folgenden Artikel der Leiter der Physikalischen Abteilung der Versuchsanstalt, Dr. Paul Höller. Gleichzeitig haben wir Herrn Dr. Höller gebeten, in einer späteren Ausgabe der Werkzeitschrift auch einmal über die Ultraschall-Prüfanlage im Blechwalzwerk zu schreiben.

Die verschiedenen Gebrauchseigenschaften unserer Stahlprodukte, wie Festigkeit, Sprödbruchneigung, Korrosionsbeständigkeit, sind zwar nicht ausschließlich, aber doch weitgehend von der chemischen Zusammensetzung der Stähle abhängig. Jede Stahlmarke erfordert ganz bestimmte Gehalte an Legierungselementen, z. B. Mangan, Silizium, Aluminium, Chrom, Nickel, Molybdän, Vanadium, darüber hinaus dürfen aber auch Verunreinigungen, wie Phosphor, Schwefel, Arsen und Zinn, bestimmte Höchstgrenzen nicht überschreiten.

Deshalb ist es für die moderne Produktion — nicht allein im Hüttenwesen — erforderlich, in allen Herstellungsstadien immer wieder Kontrollen der chemischen Zusammensetzung durchzuführen. Diese Kontrollen, die sogenannten Analysen, beginnen bei den Rohstoffen — Erz und Koks — und hören bei den versandfertigen Erzeugnissen — den zugerichteten Walzprodukten — auf. Sie erfassen auch die Hilfsstoffe, wie Kalk, und schließlich Nebenprodukte oder Abfallstoffe, wie Schlacke.

Die Entwicklung der Analysenmethoden in der Stahlindustrie, die wir hier nur ganz kurz streifen wollen, geht bis an den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Damals wurden von den Hütten „Probierstuben" eingerichtet, in denen Erze und Eisenproben nach einfachsten Methoden, z. B. der Bruchbeurteilung, untersucht wurden. Diese Methoden wurden nach und nach von chemischen Verfahren abgelöst, die vor allem innerhalb der letzten 30 Jahre so weit entwickelt wurden, daß alle Roh- und Hilfsstoffe sowie die Halb- und Fertigerzeugnisse vollständig analysiert werden können. Dabei konnten die Analysenzeiten im Laufe der Jahre zwar erheblich verkürzt werden. Einzelne Bestimmungen, z. B. die des Kohlenstoffs, gelingen in nur wenigen Minuten. Der Wunsch der Stahlwerker auf vollständige Analysen in wenigen Minuten blieb jedoch lange Zeit unerfüllt.

Eine Wende hat erst die Einführung der sogenannten „Spektralanalyse" gebracht, die in unserem Werk seit ungefähr zwei Jahren zur Bestimmung der Zusammensetzung von Stahl- und Roheisenproben angewandt wird. Das modernste Gerät dieser Art, das „Quantovac", ermöglicht eine vollständige Stahlanalyse auf Kohlenstoff, Silizium, Mangan, Phosphor, Schwefel und, soweit erforderlich, Arsen, Zinn, Chrom in etwa einer Minute. Das Gerät wurde von einer amerikanischen Firma entwickelt und erstmals in unserem Werk eingesetzt.



▲ Bei der Bestimmung der chemischen Zusammensetzung von Roheisen- und Stahlproben geht es um Minuten, damit der Produktionsfluß nicht aufgehalten wird. Die Spektralanalyse ist seit Jahren der größte Fortschritt auf dem Gebiete der Analysierung, denn mit ihrer Hilfe können die Probenbestimmungen auf den Zeitraum von rund einer Minute zusammengedrängt werden. Schnelligkeit ist keine Hexerei. Anhand unserer Bilder wollen wir den Weg von Proben, die spektroanalytisch untersucht werden, verfolgen. Der Anfang ist die Entnahme an den Produktionsstellen, in unserem Fall im Thomasstahlwerk durch Herbert Härter.

Das Prinzip, nach dem derartige, in der technischen Ausführung recht komplizierte Geräte arbeiten, ist denkbar einfach. Seit mehr als 100 Jahren ist bekannt, daß alle Stoffe (Elemente), wenn sie in die Dampfform überführt und auf hinreichend hohe Temperatur ge-

▲ Um keine Sekunde Zeit zu verlieren, werden die Proben von den Stahlwerken oder Hochofenbetrieben durch die Rohrpost zur Versuchsanstalt geschickt. Bei ihrer Ankunft sind die aus den Stahlwerken kommenden Proben zumeist noch glühend, oder doch so heiß, daß sie zunächst abgekühlt werden müssen. Dieter Kubiak wirft soeben eine Probe aus der Rohrposthülse ins Kühlwasser. Jede einzelne Entnahme ist mit einer Nummer versehen, die in Form eines schmalen Blechstreifens fest eingeschmolzen ist.

Eine sogenannte Trennmaschine zerlegt die einzelnen Proben in zwei Teile. Ein Stück wird zur Stickstoffbestimmung ins Schichtlabor der Versuchsanstalt weitergegeben. Das andere Stück behandelt Dieter Kubiak weiter, wie unser Bild auf der nächsten Seite rechts oben zeigt. ▶



thyssenkrupp Corporate Archives

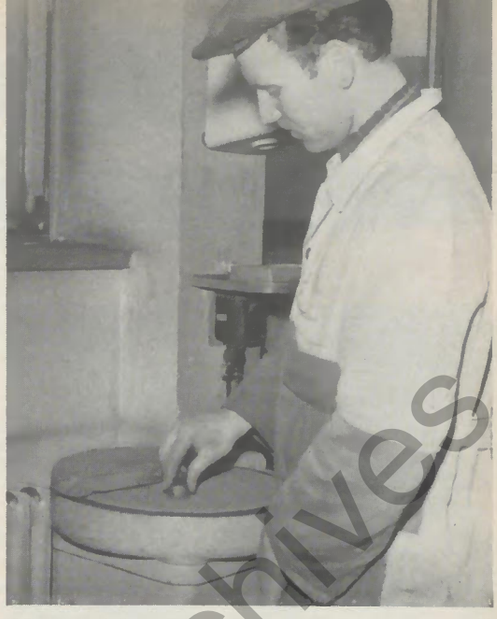
bracht werden, Licht ganz bestimmter und für jeden Stoff charakteristischer Farbe aussenden.

Jeder kann einen einfachen Versuch selbst ausführen, indem er eines unserer modernen Waschmittel in der Nähe einer brennenden Gasflamme zerstäubt. Die blaue Farbe der Gasflamme schlägt dann sofort in gelb um. Wir haben die charakteristische Farbe für verdampftes Natrium „erforscht".

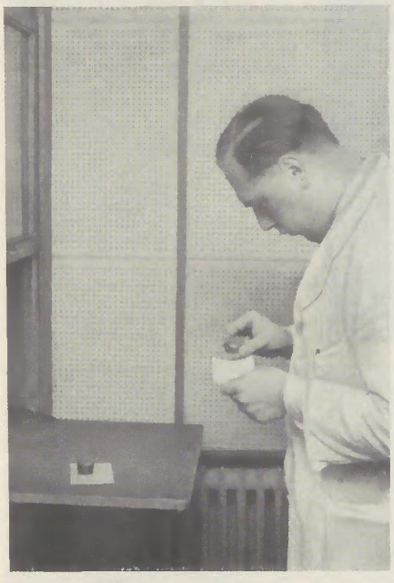
Um den gleichen Versuch mit Eisen durchführen zu können, bedarf es jedoch ganz anderer Hilfsmittel als nur einer kleinen Gasflamme. Eisen verdampft erst bei wesentlich höheren Temperaturen, die weit über 2000 Grad Celsius liegen. Um aber die Eisendämpfe zum Leuchten zu bringen, sind Temperaturen erforderlich, die noch mal um einige 1000 Grad höher liegen. Hinzu kommt, daß der größte Teil der charakteristischen Eisenstrahlung für das menschliche Auge unsichtbar ist.

Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse bei einigen wichtigen Stahlbegleitelementen, z. B. Kohlenstoff, Schwefel und Phosphor. Die charakteristische Strahlung dieser Elemente ist nicht nur unsichtbar, sondern wird darüber hinaus von der Luft nicht mehr durchgelassen. Die Luft zerstreut diese Strahlung wie etwa Nebel die eines normalen Scheinwerfers. Nur bestimmte Edelgase und der luftleere Raum (Vakuum) sind für diese Strahlung durchlässig.

Um nun nach dem vorgenannten Verfahren Stahl analysieren zu können, läßt man zwischen der zu analysierenden Probe und einem meist stabförmigen Gegenstück eines reinen Stoffes elektrische Funken überspringen, ein Vorgang, der in etwa mit dem Elektroschweißen zu vergleichen ist. Unter geeigneten Bedingungen entstehen dann an der Oberfläche der Stahlproben in einem kleinen Bereich Temperaturen zwischen 2000 und 3000 Grad, die zur Verdampfung kleiner Stahlmengen führen. In der Funkenstrecke selbst müssen, im Gegensatz zum Elektroschweißen, Temperaturen erzeugt werden, die bis zu 10000 Grad betragen, damit die Stahldämpfe ihr charakteristisches Licht ausstrahlen.



▲ Auf einer Schmirgelscheibe wird die in der Trennmaschine entstandene Schnittfläche der Probe blankgeschliffen, ehe sie in den Quantometerraum gelangt.



◀ Die vorbereiteten Proben werden durch ein schmales Schiebefenster gereicht. Dieses Fenster hat die geringen Abmessungen nicht etwa, weil die Proben an und für sich recht klein sind, sondern um den Luftaustausch zum Quantometerraum möglichst niedrig zu halten. Die beiden Apparate Quantometer und Quantovac arbeiten nämlich nur bei einer ganz bestimmten Temperatur und Luftfeuchtigkeit absolut zuverlässig. Deshalb wird Raymund Obervoßbeck das Schiebefenster sofort wieder verschließen.

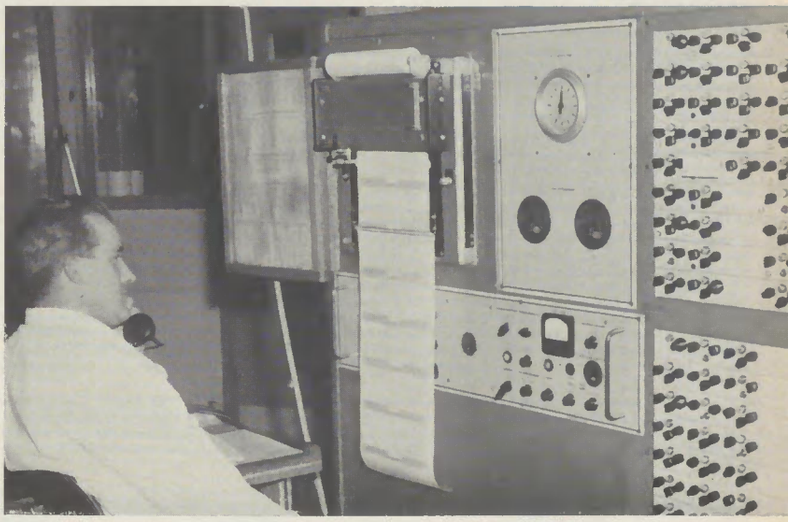
Hier wird von Apparatewärter Karl-Heinz Thomas eine Probe in das Funkenstativ des Spektrometers des Quantometers eingespannt. ▶



Diese hohen Temperaturen werden nur während sehr kurzer Zeiten — Bruchteilen einer tausendstel Sekunde — in stetiger Wiederholung erreicht. Das ausgestrahlte Licht wird jetzt in die verschiedenen Farbanteile zerlegt, ein Vorgang, der in vereinfachter Form auch aus dem täglichen Leben bekannt ist. Er gleicht der Entstehung des Regenbogens, bei dem das Sonnenlicht bekanntlich in Regentropfen, je nach Farbe, unterschiedlich gebrochen wird. Ähnliche Beobachtungen kann man auch an geschliffenen Glasgeräten, dünnen Schichten, wie Seifenblasen, oder Ölschichten auf Wasser beobachten.

Das Ergebnis der Analyse braucht nicht durch lange und komplizierte Rechnungen ausgewertet zu werden. Das besorgt in Sekundenschnelle die Maschine allein. Auf einem Papierstreifen hält sie fest, wieviel Gehalt an Kohlenstoff, Silizium, Mangan, Phosphor, Schwefel usw. in der Probe enthalten ist. Helmut Sanders beobachtet die Arbeit des mechanischen Schreibers. Ein äußeres Zeichen für die überaus empfindliche und komplizierte Apparatur sind die vielen Knöpfe, Regler und Kontrollampen, die zu erklären es einer Sondernummer der Werkzeitschrift bedürfte. ▼





▲ Raymund Obervoßbeck hat hier eine Probe auf das Funkenstativ des Spektrometers des Quantovac gelegt und setzt den Apparat in Tätigkeit. Was an der blankgeschliffenen Oberfläche der kleinen Probe nun vor sich geht, bleibt dem Auge verschlossen; wir müssen uns daher nur mit einer Beschreibung begnügen: Zwischen der Stahlprobe und einem stabförmigen Gegenstück, das ohne chemische Beimengungen ist, springen elektrische Funken über, die an der Oberfläche der Probe Temperaturen zwischen 2000 und 3000 Grad erzeugen. Dadurch werden winzige Stahlmengen zum Verdampfen gebracht. Im Funkenbogen selbst betragen die Temperaturen sogar bis zu 10000 Grad. In dieser unvorstellbaren Hitze strahlen die Dämpfe ihr charakteristisches Licht aus, das nun in seine einzelnen Farbanteile zerlegt und elektronisch gemessen werden kann. Dieser Vorgang spielt sich beim Quantovac im luftleeren Raum ab, weil unsere Atmosphäre die Strahlung der Dämpfe verschlucken würde. Das Ergebnis der elektrischen Lichtmessung wird unverzüglich von der Maschine errechnet und von einem Bandschreiber niedergelegt, von dem es lediglich abgelesen zu werden braucht.

Das Ergebnis der Spektralanalyse wird dem Thomas- oder Martinstahlwerk über den Fernschreiber mitgeteilt. Spätestens 5 Minuten, nachdem eine Probe an die Versuchsanstalt abgeschickt worden ist, liegt das Ergebnis vor. ▶



Das im Quantovac zerlegte Licht verdampfter Elemente wird bei seinem Aufleuchten elektrisch gemessen und liefert bei geeigneter Auswertung eine Maßzahl für die Konzentrationen der einzelnen Elemente in der Probe.

Einige Zahlen mögen zeigen, daß mit der Einführung der Spektralanalyse das Analysieren nicht nur beschleunigt, sondern auch erheblich rationalisiert wurde. Während noch vor drei Jahren rund 80 Laboranten für etwa 80000 Einzelbestimmungen je Monat eingesetzt werden mußten, führen heute 60 Laboranten nahezu 100000 Einzelbestimmungen je Monat aus. Hiervon entfallen mehr als 60000 Bestimmungen auf zwei automatische Spektrometer — das Quantovac, dessen Arbeitsweise ausführlich beschrieben worden ist, und ein Quantometer, das etwa nach demselben Prinzip arbeitet.

ThyssenKrupp Corporate Archives

Schnappschüsse



Unsere kaufmännischen Lehrlinge besuchten vor einiger Zeit das Wirtschaftsmuseum in Düsseldorf. Insbesondere an dem die Eisen- und Stahlindustrie behandelnden Teil der Ausstellung zeigte sich unser Nachwuchs sehr interessiert. Auf unserem Bild werden auf einem riesigen Globus die weltwirtschaftlichen Verbindungen betrachtet.





„Rollmöpse" nennt man in der Betriebssprache das Material, das gelegentlich bei Störungen der Drahtstraße anfällt, im Schrottkeller aufgehaspelt wird, um danach im SM-Prozeß eingesetzt zu werden. Auf einem der Spezialwagen, mit denen diese „Rollmöpse" im Martinwerk gefahren werden, hat kürzlich einer witzig erscheinen wollen. Ganz gleich, ob Roll- oder Bratmöpse, ob in Essig oder Mayonnaise, an solcherart Happen wird man sich die Zähne ausbeißen.

Die fortschreitende Motorisierung stellt die Werksleitung vor immer neue Probleme. Die vorhandenen Parkplätze reichen kaum noch aus. Ein neuer Parkplatz kam in den letzten Wochen hinzu und zwar gegenüber Tor 6 an der Mülheimer Straße, auf dem ehemaligen Gelände des Schlackenbergs.

Schiffsirenen auf dem Rhein begrüßen die neue ›Barbara‹

Es war ein frostiger Schneetag und ein kalter Wind wehte vom Wasser herüber, als Mitte Januar auf der GHH-Rheinwerft in Walsum das neue Hafenboot des Südhafens Walsum in sein Element glitt. Im gleichen Augenblick stimmten die auf dem Rhein vorüberfahrenden Schlepper und Motorschiffe ein gewaltiges Sirenenkonzert an, um den über die Toppen geflaggten neuen Gefährten (Bild rechts) feierlich zu begrüßen.

Wie sein Vorgänger trägt das neue Hafenboot den Namen „Barbara". Seine Taufpatin ist Barbara Höfermann, geborene Reusch. Sie ließ die Sektflasche am Bug des Schiffes zerschellen und rief ihm zu: „Ich taufe dich auf den Namen Barbara. Mögest du immer Wasser unter dem Kiel haben und allen, die auf dir fahren, Glück bringen!" Unser Technisches Vorstandsmitglied Direktor Dr. Graef, der im Namen der HOAG das neue Hafenboot übernahm, wünschte Barbara Höfermann und damit symbolisch auch dem Schiff viel Glück (Bild unten links).

Zu Beginn der Übergabefeier begrüßte der Leiter der Rheinwerft, Direktor Kujath, die zahlreichen Gäste, unter denen sich auch der Generaldirektor der GHH, Bergassessor a. D. Dr. Hermann Reusch, und unser Kaufmännisches Vorstandsmitglied, Direktor Otto August Siering, befanden.

Die neue „Barbara" löst die alte „Barbara" ab, die 45 Jahre im Dienst des Südhafens Walsum gestanden hat und in dieser Zeit über 70 Millionen Tonnen Güter schleppen mußte. Als „Barbara I" während des ersten Weltkrieges auf den Namen der Schutzgöttin der Berg- und Hüttenleute getauft wurde, war es ebenfalls eine Barbara, die den Taufakt vornahm: Barbara Reusch, älteste Tochter von Kommerzienrat Paul Reusch. Unser Technischer Direktor Dr. Graef würdigte in seiner Ansprache besonders das schwere Schicksal der alten „Barbara". Das Schiff wurde während des Krieges von einer in seiner unmittelbaren Nähe niedergehenden Luftmine schwer beschädigt. Im Winter 1942, als das Boot Eis im Hafen zu brechen hatte, rissen Eisschollen unterhalb der Wasserlinie den Bootsrumpf auf. Innerhalb weniger Minuten sank die „Barbara" auf den Hafengrund. Von Eis umschlossen ragten nur noch Ruderhaus und Vorschiff aus dem Hafenwasser heraus. Beim Rheinübergang der Alliierten im März 1945 blieb die „Barbara" unversehrt, dagegen versperrten 19 versenkte Schiffe den Hafen. Das Hafenboot war maßgebend beteiligt, als die auf dem Grund liegenden Schiffe gehoben wurden. Bis 1947 war die „Barbara" von der Militärregierung beschlagnahmt, um mit ihrer leistungsstarken Pumpe bei der Bergung von Schiffen in den Duisburg-Ruhrorter Häfen zu helfen. — Aber mit zunehmendem Alter stellten sich bei der alten, treuen „Barbara" Verschleißerscheinungen ein, so daß an ein neues Hafenboot gedacht werden mußte.

Das neue Hafenboot besitzt zwei MAN-Dieselmotoren mit je 260 PS. Mit dieser Kraft werden zwei Voith-Schneider-Propeller angetrieben, die dem Schiff eine besondere Wendigkeit verleihen. Davon konnten sich die Gäste der Übergabefeier auf einer kurzen Fahrt von der Rheinwerft zum Südhafen selbst überzeugen (Bild rechts: auf dem Heck des Schiffes v. l. n. r.: Hochofenbetriebsleiter Dr. Birnbaum, der Leiter der Abteilung Verkehr Dr. Pöhner und der Technische Direktor Dr. Graef).







thyssenkrupp Corporate Archives

HOAG-Chronik

WERK OBERHAUSEN

Geburten:

6. 11.:
Wilhelm Haferkamp, Tochter Petra

12. 11.:
Gregor Wojciechowski, Sohn Michael

8. 12.:
Josef Sökefeld, Sohn Harald

15. 12.:
Willi Gerhards, Sohn Klaus

17. 12.:
Franz Krämer, Sohn Harald

18. 12.:
Hans Jacobsen, Sohn Franz

19. 12.:
Hugo Burghardt, Tochter Petra; Günter Müller, Tochter Marion

20. 12.:
Fritz Kleinöder, Tochter Melanie; Hermann Korzmann, Tochter Elisabeth; Emil Oberländer, Tochter Marion; Edmund Schartenberg, Tochter Heike; Kurt Wagner, Sohn Jürgen

22. 12.:
Klaus-Jürgen Eichholz, Sohn Dieter

23. 12.:
Johann Donsbach, Tochter Birgit

24. 12.:
Hans Limme, Tochter Ursula; Herbert Otten, Tochter Angelika

27. 12.:
Hubert Igelbusch, Tochter Brigitte; Friedrich Jeub, Sohn Volker; Günter Kedzierski, Tochter Susanne; Walter Moritz, Sohn Markus; Wilhelm Zimmer, Tochter Ulrike

28. 12.:
Alfred Deege, Tochter Gudrun; Helmut Külzer, Sohn Michael; Otto Schmidt, Tochter Eva

29. 12.:
Paul Becker, Tochter Ursula; Johannes Spickenbaum, Sohn Johannes

30. 12.:
Kurt Stermann, Sohn Werner

31. 12.:
Erich Lauer, Tochter Renate

1. 1. 60:
Kurt Knoppke, Tochter Vera; Hubert Stevens, Tochter Klaudia

2. 1.:
Arthur Skoczinski, Tochter Bärbel; Helmut Theis, Tochter Christiane Maria

3. 1.:
K.-Heinz Derksen, Tochter Heike; K.-Heinz Otto, Tochter Sigrid

4. 1.:
Bernhard Bredenahl, Tochter Bärbel

5. 1.:
Wilhelm Hövels, Sohn Uwe

Eheschließungen:

7. 11.:
Josef Schuhmann mit Irene Groß

18. 12.:
Alois Billau mit Anita Billau

19. 12.:
Rolf Brenner mit Edeltraud Thome; Hans Glantschnig mit Marianna Kapp

21. 12.:
Josef Riesener mit Marlene Wischermann; Edgar Roszyk mit Helga Riegel

22. 12.:
Wilhelm Haferkamp mit Christine Bierstedt; Günter Rheinberger mit Ursula Scheuren; K. H. Lohschelder mit Marga Dömges; Anton Sebastian mit Ingeborg Bartels

23. 12.:
Johann Fillep mit Maria Weiß; Heinz Sommer mit Liselotte Cuda; Manfred Theis mit Marga Klingel

28. 12.:
Heinrich Kreutz mit Edith Pitula

29. 12.:
Horst Wagner mit Hildegard Nowak

7. 1. 60:
K. H. van Aken mit Gertrud Klein-Reesink

WERK GELSENKIRCHEN

Geburten:

18. 12. 59:
Johann Traud, Sohn Hans

2. 1. 60:
Erwin Bunkowski, Tochter Astrid-Angelika; Karl Goretzki, Sohn Jürgen

6. 1.:
Wilhelm Klutt, Tochter Petra

7. 1.:
Herbert Pruhs, Sohn Andreas

12. 1.:
Clemens Münstermann, Sohn Klaus

18. 1.:
Heinz Czarnyan, Sohn Andreas

21. 1.:
Werner Fritz, Tochter Sabine

22. 1.:
Heinz Merkel, Tochter Petra-Käthe

31. 1.:
Helmut Krutzki, Sohn Jörg

Eheschließungen:

20. 1.:
Wilfried Musielak mit Wilma Schumann

22. 1.:
Maria Kubetzki mit Heinz Paragnik

Jubilare im Monat Februar

50jähriges Dienstjubiläum

Stanislaus Rogalczyk, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke

40jähriges Dienstjubiläum

Mathias Brands, Abteilung Verkehr
Oskar Esser, Abteilung Verkehr
Fritz Fengels, Blechwalzwerke
Florenz Frese, Wärmeabteilung
Rudolf Gewehr, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke
Friedrich Grothe, Elektrischer Betrieb Stahl- und Walzwerke
Nikolaus Kremer, Siemens-Martin-Stahlwerke
Robert Lotze, Hochofenbetrieb
Friedrich Müller, Abteilung Verkehr
Friedrich Pohlplatz, Werk Gelsenkirchen/Werkstatt
Alfred Schüring, Hafen Walsum
Johann Stolz, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke
Kurt Wernick, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke
Heinrich Wiemer, Abteilung Verkehr
Friedrich Wittenberg, Abteilung Verkehr
Karl Wolff, Hochofenbetrieb

25jähriges Dienstjubiläum

Friedrich Andres, Kaufmännischer Wiegedienst
Paul Behrendt, Hauptlagerhaus
Gustav Berndsen, Blechwalzwerke
Wilhelm Böhner, Versuchsanstalt
Christian Elo, Härterei
Fritz Führing, Hochofenbetrieb
Paul Grothe, Baubetrieb Hochöfen
Georg Hacker, Maschinenbetrieb/Werkstatt
Fritz Haferkamp, Siemens-Martin-Stahlwerk
August Hollenbach, Baubetrieb
Walter Hülsmann, Maschinenbetrieb/Werkstatt
Karl Loges, Walzendreherei
Johannes Papierz, Block- und Profilwalzwerke
Waldemar Sippekamp, Maschinenbetrieb/Werkstatt
Georg Steinbach, Maschinenbetrieb/Werkstatt
Karl Theis, Blechwalzwerke
Johann Tomczak, Betriebswirtschaftsstelle
Paul Weber, Maschinenbetrieb/Werkstatt
Heinrich Wolske, Elektrischer Betrieb Blechwalzwerk
Johann Zawacki, Siemens-Martin-Stahlwerk

Sie gingen von uns

17. 12.:
Franz Sloma, Pensionär

26. 12.:
Germar Illigen, Pensionär

1. 1. 60
Heinrich Hildebrand, Abteilung Verkehr

2. 1.:
Theodor Scharfenkamp, Versuchsanstalt

3. 1.:
Gottlieb Rohmann, Pensionär

4. 1.:
Josef Fischer, Pensionär

5. 1.:
Johann Kiel, Pensionär

11. 1.:
Paul Fritsch, Pensionär

15. 1.:
Rudolf Reboullon, Pensionär

17. 1.:
Albert Busse, Pensionär; Heinrich Stoffel, Pensionär

19. 1.:
Hermann Kapell, Maschinenbetrieb Stahl- und Walzwerke

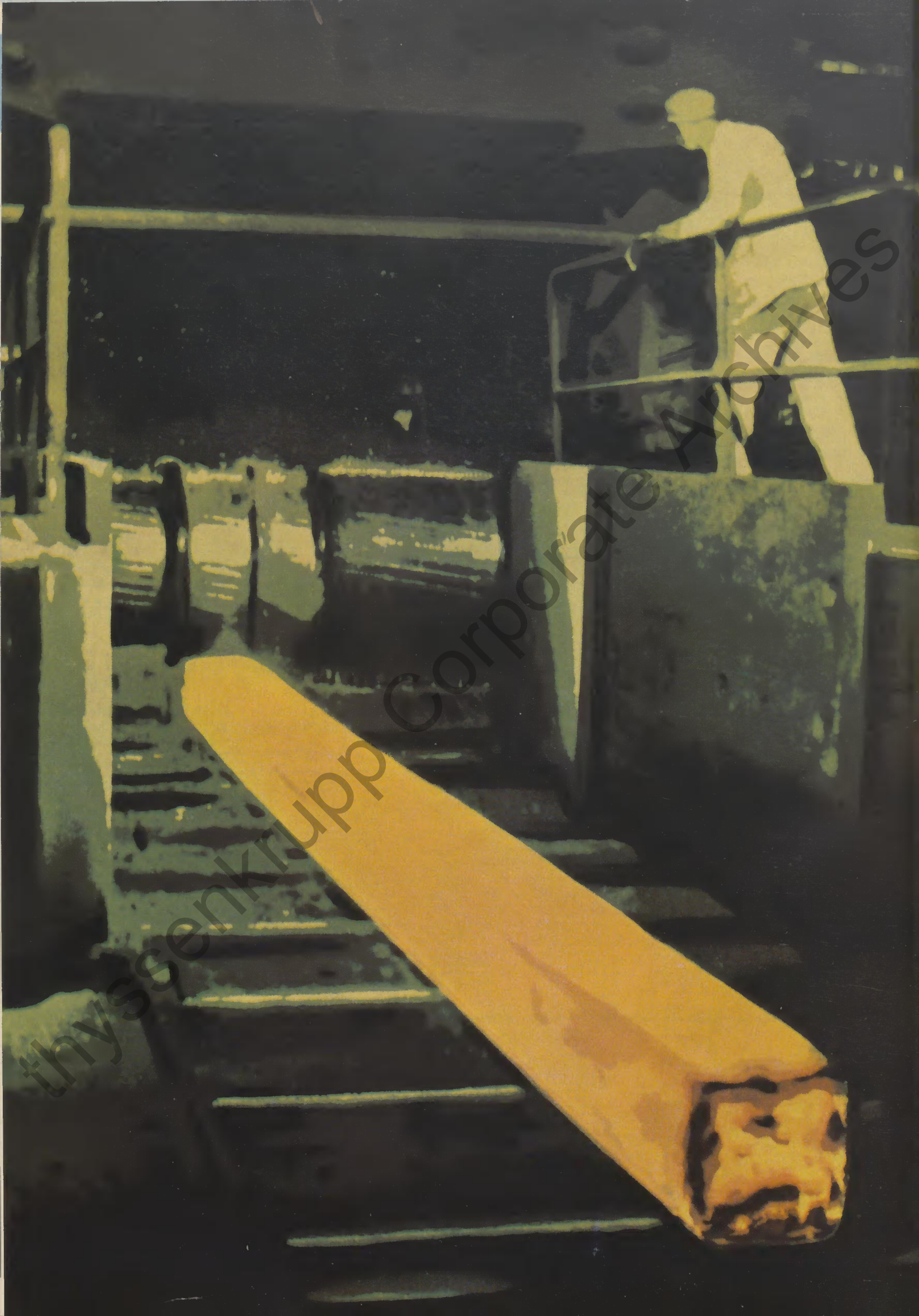
20. 1.:
Karl Reusch, Pensionär

22. 1.:
Heinrich Strack, Maschinenbetrieb Hochöfen/Reparaturbetrieb

25. 1.:
Wilhelm Ruhrmann, Pensionär

29. 1.:
Bernhard Kalbertodt, Baubetrieb Stahl- und Walzwerke

thyssenkrupp Corporate Archives



thyssenkrupp Corporate Archives